

# mo #14

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE



**SEXISMUS-ALARM**  
Konservative schreien auf

**DUBIOSES NETZWERK**  
Der Unternehmer C. Machowetz

**FRAUENPOLITIK**  
Herbert Haupt fordert Taten

Magazin für Menschenrechte 4/2008, Herausgeberin: SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien, www.moment.at

**PATRIARCHALE VERHÄLTNISSE**

**WIR NENNEN ES  
NORMAL**





*kunstauktion 2009*  
*zugunsten von sos mitmensch*

**Montag 15. Juni 2009, 19 Uhr**  
**Großer Kassensaal der Österreichischen Postsparkasse**  
Georg-Coch-Platz 2, 1010 Wien

Die Exponate sind ab MO, 8. Juni während  
der Geschäftszeiten zu besichtigen

**Einladung zur Preview**  
Montag 8. Juni 2009, 18 Uhr

[kunst.sosmitmensch.at](http://kunst.sosmitmensch.at)





Was in Zuwanderergesellschaften kritisiert wird, ist bei uns schon lange normal: Männer, ob auf der Regierungsbank oder in Chefetagen von Unternehmen, haben das Sagen. Nur fällt es nicht auf – es ist ganz normal.

Bild: Bernhard Kummer

## Liebe Leserin Lieber Leser

Beton gegen Menschenrecht ... Das ist Härte. Wundern Sie sich nicht, ein paar Buchstaben sind uns im Titel eben weggebrochen. MOMENT heißt fortan MO, das aber für immer und ewig. Die Verkürzung ist nicht allein auf unsere Bescheidenheit zurückzuführen. Ein Floridsdorfer Bezirksblatt hat uns freundlich aufgefordert, die langjährige Namensgleichheit zu beenden. Somit passiert. MO steht für Schwung, für Impuls, für das Momentum, mit dem Barack Obama seinen Wahlkampf mobilisierte. Sicherlich auch für „mehr“ - für „Mo' better Blues“, wie Spike Lee mit einem seiner Filme titelte. Was lesen Sie in dieser Ausgabe? Einiges über das Patriarchat, das sich begrifflich zwar altmodisch ausnimmt, aber keineswegs aus der Mode gekommen ist. Die Normalität und damit gegebene Unsichtbarkeit einer männlich dominierten Gesellschaft beleuchtet Edith Meinhart. Sie wundert sich, warum ein Blick auf die Regierungsbank, den Nationalrat, auf ORF-Diskussionsrunden oder Vorstandsetagen von Wirtschaftsunternehmen fast nur Männer zum Vorschein bringt. Oder das Frauenskiteam des ÖFB, das – trotz vieler Weltmeisterinnen – keine Trainerin angestellt hat. Oder die Volkszählung: Erst vor wenigen Jahren wurde der Passus „Haushaltsvorstand“ gestrichen. Familie, Bildung, Politik – alles in männlicher Hand? Die offensichtliche Schiefelage gesellschaftlicher Verhältnisse bewog Maria Sterkl zu einem Gespräch mit der Kulturwissenschaftlerin Christine von Braun. Sie geht der Frage nach, wieso Zuwanderergesellschaften für patriarchale Ordnungen kritisiert werden, die auch die eigene Mehrheitsgesellschaft prägen. Dass sich besonders konservative Männer mit Kritik hervortun, ist für Vina Yun in ihrem Beitrag nur eine Note am Rande. Was lesen Sie noch in dieser Ausgabe: Die Menschenrechtsanwältin Nadja Lorenz erzählt Michael Weiß, wie sie ihre KlientInnen aus Tschetschenien erlebt. Und Eva Bachinger ist dem verzweigten Netzwerk Machowetz nachgegangen, seines Zeichens Security-Chef, ÖVP-Kämmerer und Unternehmer mit rechtem Hintergrund.

Spannende Momente wünscht  
Gunnar Landsgeßell

## IMPRESSUM

**MO REDAKTION:** c/o SOS  
Mitmensch, Zollergasse 15, 1070  
Wien, T +43 1 524 99 00, F +43 1  
524 99 00 - 9, redaktion@momagazin.  
at, www.momagazin.at

### REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur;  
gun), Bernhard Kummer (Bilder),  
Petja Dimitrova (Illustrationen),  
Philipp Sonderegger (pfs),  
Paul Sturm (Bilder), Karin Wasner  
(Bilder), Sabine Zhang

### AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Andreas Bachmann, Eva Bachinger,  
Herbert Haupt, Edith Meinhart,  
Robert Misik, Cathren Müller, Ernst  
Pohn, Martin Schenk, Maria Sterkl,  
Vina Yun, Beat Weber, Thomas  
Weber, Michael Weiß.

**PROJEKTLÉITUNG:** Sabine Zhang

**COVERBILD:** Bernhard Kummer

**POSTER:** Elvier Kühlraum

**LEKTORAT:** Roland Falthansl

### PRODUKTION:

Andreas Ungerböck, Mitko Javritchev,  
faqtory 29 ltd., Mariahilferstr. 76/3/31,  
1070 Wien, T +43 1 920 20 08-0,  
mail@faq-magazine.com

**GRAFIK:** Mitko Javritchev, Christi-  
na Leyerer **DRUCK:** Ferdinand Berger  
& Söhne GmbH, Wiener Straße 80,  
3580 Horn

**ANZEIGEN:** Irene Holloway,  
anzeigen@momagazin.at  
T +43 1 524 99 00 - 17,

**ABOS:** Sabine Zhang,  
abo@momagazin.at  
T +43 1 524 99 00 - 66

### VERTRIEB:

Die Presse (40.000 Stück),  
KolporteurInnen der Bunten  
Zeitung (15.000 Stück),  
freie Verteilung (20.000 Stück)

**AUFLAGE:** 75.000

### HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Postfach 220,  
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,  
F +43 1 524 99 00 - 9,  
office@sosmitmensch.at  
http://www.sosmitmensch.at,  
ZVR: 22747570

**SPENDEN:** PSK 60000

Kto 91.000.590

**OFFENLEGUNG:** MO ist das  
Medium von SOS Mitmensch gegen  
Rassismus und Diskriminierung, für  
Menschenrechte, Demokratie und  
Migration. Der Nachdruck der Beiträge  
ist bei Nennung der Quelle und Über-  
sendung von Belegexemplaren aus-  
drücklich erwünscht, wenn das Copy-  
right nicht ausgewiesen ist. Die Rechte  
der Fotografien liegen bei den Urheber-  
Innen. Falls kein/e UrheberIn ausge-  
wiesen ist: SOS Mitmensch.



## 14 MIT ZWEIERLEI MASS

Die Kulturwissenschaftlerin Christina von Braun über das hierzulande unsichtbar gewordene Patriarchat, das in Zuwanderergesellschaften plötzlich wiederentdeckt wird.



## 32 FRAGEN AN DIE POLIZEI

Erstaunlich: Ein Angriff auf zugewanderte Menschen, begleitet von fremdenfeindlichen Parolen, fällt nicht unter Rassismus. Wann ist ein Delikt rassistisch?

## Einstieg

### 3 EDITORIAL

### 4 INHALTSVERZEICHNIS

### 6 REAKTIONEN

### 8 HANDLUNGSBEDARF

Fehler zugeben!

### 9 HANDLUNGSBEDARF

Fit für die Globalisierung.  
Eine starke Innenministerin, bitte!

## Dossier

### 10 GEWALTEN-TEILUNG

Das Patriarchat erfreut sich in Österreich weiterhin großer Beliebtheit. Nur merkt es niemand. *Text: Edith Meinhart*

### 14 VERSCHLEIERTE WIRKLICHKEIT

Ehrenmord heißt auf Österreichisch Eifersuchtsdrama. Die Kulturwissenschaftlerin Christina von Braun über die feinen Unterschiede der Wahrnehmung.  
*Interview: Maria Sterkl*

### 18 DIE ETHNISIERUNG VON SEXISMUS

Dort, wo noch das altertümliche Patriarchat herrscht, sind „Parallelgesellschaften“ und „Kulturdekikte“ nicht weit. *Text: Vina Yun*

### 20 GEWALT GEHT UNTER DIE HAUT

Vaginalverstümmelungen in Afrika, Vaginalverschönerungen im Westen. Sie verhalten sich Beschneidung von Frauen und kosmetische Chirurgie zueinander? Dir Politikwissenschaftlerin Sara Paloni im Interview.  
*Interview: Cathren Müller*

### 21 DAS DYNASTISCHE PRINZIP

Ob Rudas, Gudenus, Schieder, Pröll – Österreichs Politik wirkt zuweilen wie ein Familienbetrieb. *Text: Thomas Weber*

### 23 LIPPENSTIFT STATT DIVIDENDE

Die Krise des Mannes in der Finanzkrise.  
*Ein Kommentar von Beat Weber*

### 24 POSTER





### 10 ROT-WEISS-ROTE ORDNUNG

Männer dominieren die Regierungsbank, die Chefetagen von Unternehmen, die familiäre Ordnung. Alles ganz normal. Das Patriarchat 2009.

### 28 VIELSEITIG

Der Unternehmer Christian Machowetz als Multitalent mit seltsamen Geschäftspraktiken.

## Welt

### 27 WELT-NEWS

Die EU will die Asylpraxis harmonisieren.

### 28 DAS NETZWERK MACHOWETZ

Er unterhält gute Kontakte ins rechte Milieu, sitzt für die ÖVP im Wirtschaftsbund und sorgt für die Stadt Wien für Sicherheit. Der Unternehmer Christian Machowetz. Von Eva Bachinger

### 32 PAINTBALL-SPIELE

Fremdenfeindliche Angriffe sind nach dem Ermessen der Polizei oft nicht rassistisch motiviert. Ab wann ist ein Delikt politisch? Von Philipp Sonderegger

### 34 IMAGE-PROBLEME

Menschenrechtsanwältin Nadja Lorenz rückt ein mediales Bild zurecht. Sie erzählt über ihre Erfahrungen mit KlientInnen aus Tschetschenien. Interview: Michael Weiß

### 36 NULLZUG IM KOPF

MO hat am Viktor Adler Markt schätzen lassen, wieviel positiv erledigte Asylanträge es 2008 gab. . Umfrage: Ernst Pohn

## Rubriken

### 37 NGO-NEWS

Trauer um Asylrichter Rohrböck

### 38 NEUES VON DER BOCK

Der Verein in finanziellen Turbulenzen – und jede Menge Hilfesuchende. Von Andreas Bachmann

### 39 POPULÄRKULTUR

Buch, Film, Internet. 2x5 Dinge von Robert Misik

### 41 POPULÄR GESEHEN

Der Sound der Krise - Dem Elend mehr Stil geben. Kommentar von Martin Schenk

### 43 SPOTLIGHT

Volkshilfe OÖ-Chef Christian Schörkhuber Von Andreas Bachmann

### 45 SOS MITMENSCH

Kampf ums Bleiberecht

### 46 ANDERE ÜBER...

Herbert Haupt über das Patriarchat.



**Wo wurde diese Ausgabe von MO gesehen?**

Schreiben Sie an [redaktion@momagazin.at](mailto:redaktion@momagazin.at). Zu gewinnen gibt's 2 Ausgaben von „Politik der Paranoia“ von MO Autor Robert Misik.

Bild: Paul Sturm

Jugend ohne Tau  
**Jungwähler ohne Plan**  
 Liebe Redaktion, in Ihrem Artikel über Jungwähler schreiben Sie von Jugendlichen, die noch nie von Kanzler Faymann gehört haben. Zu seiner Person kann man stehen wie man will, aber wie gibt es das bitte? Ich zweifle nicht an, dass die kurzen Straßengespräche tatsächlich so ein Ergebnis gebracht haben, aber eine Erklärung dafür geht mir ab!  
*Franziska W., per Email*

Cover-Sprache  
**Torten ist auch keine Lösung**  
 Hallo, Tortenwürfe in das Gesicht von Politikern sind ein bekanntes Phänomen, vielleicht nicht erst, seit das Stan Laurel und Oliver Hardy gemacht haben. Aber seit wann ist „torten“ ein Adverb? Das Bild und die freche Ansage finde ich ja durchaus originell, aber ist das nicht wieder ein Fall von Neosprech? Es sollte Tortenwurf oder auch Torten werfen heißen. Aber das wird dann für Sie

wieder keine Lösung sein.  
*Hartmut L., Wien, per Email*

Partizipative Demokratie  
**Österreich hinkt nach**  
 Das Gespräch mit der Demokratieforscherin Brigitte Geißel in Ihrer letzten Ausgabe machte neben dem Informationswert vor allem eines deutlich: Wie gering der Bewusstseinsstand für eine demokratiepolitische Weiterentwicklung der Gesellschaft – verglichen mit einigen europäischen Staaten oder etwa

den USA – in Österreich ist. Werden hier Zuwanderungsgruppen offenbar so lange wie möglich ausgeschlossen, bis sie sich die Aufnahme „verdient“ haben, ist es in England schon lange üblich, die Polizei oder andere Institutionen der Öffentlichkeit so zu besetzen, dass sich der soziale Schlüssel der Gesellschaft darin wiederfindet. In Österreich werden philippinische Krankenschwestern nur aufgenommen, weil es sonst einen Notstand gäbe.

*Herbert K., Wien, per Email*

**MOMENT verstehen  
 Was heißt Stakeholder?**

Liebe Redaktion, habe zum ersten Mal ein MOMENT gesehen und gekauft. Aus Mitleid mit der Verkäuferin und ein bisschen aus Neugier. Aber ich glaube, Menschen wie mich wollt ihr nicht als Leser haben. Eher die Hochklassenmenschen. Was ist eine Citizenship-Forscherin, ein Stakeholder, ein partizipatives Verfahren ... Ich weiß nicht, ob ich bei einem Agenda-setting dabei sein mögen soll? Muss man das alles wissen, wenn man eine Straßenzeitung lesen will? Diversität ist anscheinend auch was Gutes. Vielleicht bin ich damit gemeint. Die Überschrift verstehe ich jetzt jedenfalls besser: Partizipation (an MOMENT) ist nicht automatisch besser.

*Josef G., per Email*



Was war das? Hast du  
das auch gehört?

Hörgeräte, die mit den Kindern wachsen, die sie tragen.

Siemens Explorer™ hilft schwerhörigen Kindern, die Welt der Klänge für sich zu entdecken. Ob Waldesrauschen, Pausenlärm oder Handygespräch: Das adaptive Hörsystem passt sich jeder Geräuschsituation an. Damit Kinder mehr hören – und mehr verstehen.

[siemens.com/answers](https://www.siemens.com/answers)

**SIEMENS**

## ASYLGERICHTSHOF

### Fehler zugeben!

Halbierte Anerkennungsquoten legen nahe: Der neue Asylgerichtshof ist gescheitert. SPÖ und ÖVP müssten eingestehen, dass die bisherige Qualität der Verfahren nicht gehalten werden konnte.



Asylgerichtshof in Wien: Sinkende Anerkennungsquote durch Verfahrensmängel?

Es wird zu keiner Verschlechterung der Qualität von Asylverfahren kommen. Das hatte das Verhandlungsteam von SPÖ und ÖVP kurz nach der beschlossenen Einrichtung eines Asylgerichtshofs verkündet. Im Juli 2008 nahm dieser Gerichtshof – er ist zuständig für Berufungen – schließlich seine Arbeit auf. Die Bilanz ein halbes Jahr später sieht deutlich anders aus. Angesichts der aktuellen Statistiken müssen Innenministerin Maria Fekter und SP-Fremdenrechtsverhandler Norbert Darabos eingestehen, dass sie falsch gelegen sind: Die Anerkennungsrate befindet sich im freien Fall.

Veröffentlicht hat die jüngsten Zahlen das

UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) – wie immer basierend auf Daten des Innenministeriums. Noch vor Einführung des Asylgerichts lag die Anerkennungsrate der Berufungsverfahren in den Jahren 2006 und 2007 bei rund 40 Prozent. Danach fiel sie auf gerade einmal 20 Prozent. Der Jänner 2009 muss bereits ernsthaft an der Handlungsfähigkeit des Gerichts zweifeln lassen: Sechs Prozent der Berufungsanträge wurden anerkannt.

Das schlägt sich natürlich auch auf die Gesamtquote der Asylanträge nieder: Seit Einführung des Asylgerichtshofs sank die Anerkennungsquote um bis zu 20 Prozent. Zum

Vergleich: Wurden im Jänner 18 Prozent der AsylwerberInnen positiv beurteilt, waren es in Deutschland mit 43 Prozent mehr als doppelt so viele.

Am dramatischsten ist der Einbruch bei Staaten, in denen seit Jahren Bürgerkriege herrschen. Etwa bei Menschen aus der Russischen Föderation, zumeist TschetschenInnen: Von über 80 Prozent Anerkennungsrate 2007 und 45 Prozent 2008 sank die Quote im Jänner auf 30 Prozent.

Harald Perl, Präsident des Asylgerichtshofs, begründet diese Veränderung mit einer veränderten Situation in den Herkunftsstaaten. Es mutet allerdings seltsam an, dass in diesen Ländern so schlagartig zu einer politischen Entspannung kommen konnte – die noch dazu exakt mit der Einführung des Asylgerichts zusammenfiel. SOS Mitmensch vermutet für die alarmierende Verschlechterung zwei ganz konkrete Gründe. Erstens: Eine Neustrukturierung der Arbeitsbereiche des Asylgerichtshofs. RichterInnen sind nunmehr für einzelne Länder zuständig. Eher liberale für solche, aus denen nur selten politisch Verfolgte kommen, restriktive für Länder mit hoher Anerkennungsquote. Zweitens: Sie entscheiden ohne Kontrolle – der Verwaltungsgerichtshofs wurde als Kontrollinstanz abgeschafft. *phs*





## REVIVAL

## Fit für die Globalisierung

Ende der 90er Jahre wurden in Österreich verstärkt Citizenship-Modelle besprochen. Diese Diskussion sollte durch NGOs wieder aufgegriffen werden.

Das ist Konsens: Demokratische Staaten legitimieren sich durch freie, gleiche und allgemeine Wahlen. Was aber, wenn zehn Prozent der Bevölkerung dauerhaft von Mitbestimmung ausgeschlossen sind, wie es auch in Österreich aufgrund von Wanderbewegungen der Fall ist? Verliert die Demokratie damit nicht ihre Glaubwürdigkeit? Ende der 90er Jahre war die öffentliche Diskussion über dieses Problem bereits weiter gediehen. Das Citizenship-Modell sieht vor, dass für ZuwandererInnen ein Rechtsstatus eingerichtet wird, der alle wesentlichen ökonomischen, sozialen und politischen Rechte beinhaltet. So könnten zum Teil lange Fri-

sten bis zur Einbürgerung überbrückt werden. Die der Demokratie zugrunde liegende Idee des „Bürgers“ würde aufgefrischt, dieser selbst für die Globalisierung fit gemacht. Damals wurde die Diskussion durch eine polarisierte Debatte über die Verleihung der Staatsbürgerschaft erstickt.

Heute sind wir mit einer Integrationsdebatte konfrontiert, die fast ausschließlich unter kulturellen Prämissen geführt wird. Konflikte werden kulturalisiert, statt als soziale Probleme verstanden. Die Citizenship-Debatte wäre eine gute Möglichkeit, wieder die grundsätzlichen Voraussetzungen für soziale, ökonomische und politische Teilhabe

selbst zu diskutieren. Solange es allein um die Integrationsfähigkeit von „Türken“ oder anderen Zuwanderungsgruppen geht, bleibt die Diskussion zwangsläufig in der Frage stecken, „wie viel“ für die Aufnahmegesellschaft verträglich ist. Deshalb brauchen wir wieder eine Debatte über die gesellschaftlichen Bedingungen von Zuwanderung: um Raum für neue Handlungsfelder zu eröffnen. Wenn wir zum Beispiel Bildungsdefizite nicht als ethnisches, sondern als soziales Problem diskutieren, stellt sich die Frage, wie Schule aussehen muss, um den Bedürfnissen der Menschen, die ausgebildet werden sollen, gerecht zu werden. *phs*

## PARADOX

## Eine starke Innenministerin, bitte!

Lässt man die Pannen Revue passieren, die dem Innenministerium im Zuge der Ermordung von Umar Israilov passiert sind, sehnt man sich geradezu nach einer starken Frau als Innenministerin.

Im Politkrimi um die Ermordung des tschetschenischen Regimekritikers Umar Israilov erlaubte sich das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung Blößen, dass einem angst und bange wird. Trotz schriftlicher Beweise behaupteten die Beamten bis zu Innenministerin Maria Fekter, Israilov habe nie um Personenschutz angesucht. Zur Vertuschung der eigenen Fehleinschätzung verbreiteten die StaatsschützerInnen bei österreichischen Medien Hintergrundberichte über die „hohe Gewaltbereitschaft“ von Tschetschenen und stellten Drogen- und Mafiazusammenhän-

ge in den Raum. Es war eine Flucht nach vorn. Sie endete in einem Glaubwürdigkeits-Desaster für die Innenministerin. Längst konnte sich die Öffentlichkeit selbst ein Bild davon machen, dass die Behörden den Kronzeugen gegen Tschetscheniens pro-russischen Präsidenten Ramsan Kadyrow völlig falsch angefasst hatten. Das geschah sicherlich auch aus fehlender Distanz zu den russischen Behörden.

Auf einer Pressekonferenz erklärte Maria Fekter, die vergangenen Wochen seien „heavy“ gewesen. Besonders hart habe sie der in Printmedien erhobene Vorwurf der



Maria Fekter © Christian Mueller

„Schmallippigkeit“ getroffen, so die Innenministerin, die selbst vor kurzem meinte, dass die „Rehleinaugen“ von Arigona Zogaj nicht vor Abschiebung schützen können. Statt dafür zu sorgen, dass die StaatsschützerInnen tatsächlich Verfassung und Menschenrechte verteidigen, ging Fekter eine Woche lang auf Tauchstation. Man sehnt sich förmlich nach einer starken Innenministerin. *phs*



**Verkehrte Welt: FPÖ-Männer sorgen sich um Frauenrechte.**

# GEWALTEN-TEILUNG IN ROT-WEISS-ROT

Rückständig und böse zu Frauen sind immer nur die anderen. Man selbst kann dann ja nur mehr eines sein: ein Hort des Fortschritts und der Gleichberechtigung. Oder?

*Text: Edith Meinhart, Bilder: Bernhard Kummer*

**E**s war 1992. Erich Lehner unterrichtete an einer KrankenpflegerInnenschule. In seiner Klasse saßen Menschen aus 25 verschiedenen Nationen. Eines Tages kam eine Schülerin zu ihm und sagte, ihr Bruder trachte ihr nach dem Leben, sie habe entsetzliche Angst. Der Klassenvorstand schaffte es irgendwie, die Lage zu entschärfen. Niemand redete damals von Ehrenmorden.

Fünfzehn Jahre später ist das Thema nicht nur in aller Munde, es gibt sogar eine neue Punze für das, was Zuwanderergruppen ihren schwächsten Mitgliedern im Namen von Ehre und Tradition antun. Zwangsehen, Genitalverstümmelung und Ehrenmorde gelten als „traditionsbedingte Gewalt“ – nicht bloß als Nötigungen, Körperverletzungen oder Verbrechen gegen Leib und Leben.

Es stimmt, dass die Frauenhäuser voll sind mit Migrantinnen. Dass jeden Sommer eine unbekannte Zahl von Gastarbeiter-Nachkommen in ihre alte Heimat fahren und als Verlobte zurückkommen. Vermutlich stimmt auch, dass nicht nur in Afrika Mäd-

chen und Frauen Opfer von brutalen Genitalbeschneidungen werden, sondern auch mitten in Europa. Und doch: Warum diese Unterscheidung in „traditionsbedingte“ Gewalt und „normale“?

Die ehemalige Frauenministerin Maria Rauch-Kallat hatte im Frühjahr 2006 den österreichischen EU-Vorsitz dafür genützt, das Thema auf die europäische Agenda zu setzen. Sie lag damit im Trend. 1999 hatte der Lebensbericht des somalischen Topmodels Waris Dirie („Wüstenblume“) eine Lawine an Bekenntnisliteratur, Ratgebern, Schicksalberichten sowie staatlichem und zivilgesellschaftlichem Engagement losgetreten. Die Bücher der Frauenrechtlerinnen Ayaan Hirsi Ali und Necla Kelek über die Lage muslimischer Frauen erreichten ein Millionenpublikum. Was davon vor allem hängen blieb, war die Botschaft, wie rückständig und frauenfeindlich die Mischung aus Tradition, Kultur und Islam ist.

Rechtspopulistische Parteien schlossen sich dem Urteil an – allen voran die FPÖ, die sich bald als eine Art Befreiungsbewegung

für die unterdrückte, muslimische Frau gerierte. Das Thema eignete sich wie kaum ein zweites, sich von „den Anderen“ abzugrenzen und die eigene Überlegenheit zu belegen: Böse zu ihren Frauen sind nur die Türken oder Tschetschenen oder eine andere zugewanderte Gruppe. Man selbst kann dann nur mehr ein Hort des Fortschritts und der Gleichberechtigung sein.

## **Alles ganz normal**

Das Schwarzweißbild hat einen Nachteil. Es ist ziemlich falsch. Österreich hat im EU-Vergleich ein besonders widerständiges Patriarchat. Frauen verdienen laut jüngster EU-Studie um 25 Prozent weniger als Männer. In kaum einem anderen Land geht die Lohnschere weiter auseinander. Je höher der Frauenanteil in einem Beruf, umso niedriger die Entlohnung. Die Ausrede Kinderkriegen zählt nicht. Doppelstudien zeigen, dass selbst bei gleicher Ausbildung Männer und Frauen schon bei der Einstellung unterschiedlich eingestuft werden. Es wird hingegenommen – so wie Diskussionsrunden im Fernsehen, die oft aus Männerrunden bestehen oder Uni-Rektorate, Aufsichtsräte und

Vorstandsetagen, die, soweit das Auge reicht, in der Hand von Männern sind. Die Mehrzahl der Bevölkerung hält es für „normal“, dass sie im Land das Sagen haben, genauso wie bei Feldmissionen der UNO, der EU oder OSZE.

Generationen heimischer LiteratInnen haben sich an den Erscheinungsformen des Patriarchats abgearbeitet. Es ist immer noch wohltauf. Man erkennt es nur nicht so rasch wie beim arabischen Familiendespoten, der seine Frau ein paar Schritte hinter sich hergehen lässt. Es lag im Interesse von Staaten, die Macht von den Familien, wo die Väter herrschten, in die öffentliche Sphäre zu bringen. Heute würde kaum noch eine Institution sich als frauenfreie Veranstaltung deklarieren. Das ist auch nicht nötig. Die Gesetze des Emporkommens sorgen ohnedies zuverlässig dafür, dass es an den Spitzen der Hierarchien genau darauf hinausläuft. „Das Patriarchat hat sich bloß anonymisiert.“, sagt Erich Lehner, der heute als Männer- und

Geschlechterforscher am Ludwig Boltzmann-Institut arbeitet. Anders als das Böse bei Bert Brecht, habe es nun keinen Namen, kein Gesicht und keine Anschrift mehr.

### **Erlaubnis für Jobwechsel**

Fast scheint es, als hätten die ÖsterreicherInnen vergessen, dass es noch nicht sehr lange her ist, dass man vom Bregenzer- bis zum Neusiedlersee mit den Fingern auf ledige Mütter zeigte. Die Kirche redete in alle Bereiche hinein und schrieb den Menschen vor, wie sie zu denken, zu essen und sich zu kleiden hatten. Eine verheiratete Frau brauchte bis zur Familienrechtsreform 1975 die Erlaubnis ihres Ehemannes, wenn sie den Wohnort wechseln, eine Arbeitsstelle annehmen oder die Kinder in ihren Pass eintragen lassen wollte. Gewalt in der Familie galt als Privatsache, aus der sich der Staat herauszuhalten hatte.

ExpertInnen schätzen, dass ein Viertel bis ein Fünftel der Frauen hierzulande Opfer

von Gewalt in der Familie sind. Es dauerte Jahrzehnte, bis das Problem wahrgenommen wurde. Vergewaltigung in der Ehe wurde erst 1989 zu einer Straftat, seit 2004 wird das Delikt von Amts wegen verfolgt – und nicht mehr nur auf ausdrücklichen Wunsch des Opfers. 90 Prozent der Gewalttaten im Familienkreis werden übrigens von Männern begangen; die Täter kommen aus allen Schichten und Milieus.

Vor dem Gesetz sind Männer und Frauen gleich gestellt. Eine Debatte, die sich ausschließlich um die patriarchalen Kulturen der Zugewanderten dreht und die eigene Frauenfeindlichkeit ausblendet, könnte dazu verleiten zu glauben, diese Gleichheit wäre in der Praxis schon eingelöst. Davon sind wir weit entfernt.

### **Traditionelles Privatleben**

Als es noch zu wenige Akademikerinnen gab, galt es als ausgemacht, dass man eben keine Frauen fände, die für ganz oben „gut

Gewalt in der Familie galt bis vor kurzem noch als Privatsache, aus der sich der Staat herauszuhalten habe.



genug“ wären. Inzwischen gibt es an den Universitäten mehr Studentinnen als Studenten. Doch wenn sie ihre Karrieren anstreben, stellen sie fest, dass ihnen Diplome wenig nützen. Wichtige Entscheidungen in der Arbeitswelt fallen beim halbprivaten Biertrinken, wenn sie nicht dabei sind. Man könnte diese Usance abstellen. Doch es fehlt am Willen, wie man am Beispiel der Universitäten sieht. Professorinnen sind dort nach wie vor in der Minderheit. Noch heute erzählen Gleichbehandlungsbeauftragte, wie der frühere SPÖ-Wissenschaftsminister Caspar Einem die Reichsfürstentümer aufbrechen wollte, indem er von jedem Dreivorschlag des Personalsenats die Frau aussuchte. Die Folge: Bald schafften es Frauen nicht einmal mehr auf einen Dreivorschlag.

Auch im Privatleben von Herrn und Frau Österreich geht es noch recht traditionell zu. Zwar gebe es deutlich mehr Paare als früher, die ihre Beziehung partnerschaftlich anlegen, aber in vielen Familien müssten „heute noch alle ‚Habt Acht!‘ stehen, wenn der Papa am Abend nach Hause kommt“, sagt Lehner. Ein Wiener Polizist, der „sicher hundert Male“ bei Streits im Familienkreis ausgerückt ist, berichtet von Männern, die sich „aufs Dummste und Unmenschlichste“ dafür rechtfertigen, dass sie ihre Frau geschlagen haben. Etwa: „Wie würden Sie reagieren, wenn sie Ihnen ein kaltes Essen herstellt?“ Ähnliches erzählt der Leiter einer Therapiegruppe für gewalttätige Männer. Gefragt, ob man das Recht habe, seine Frau zu misshandeln, wenn sie ihn betrogen habe, sage die Mehrheit: Ja. „Die Männer fühlen sich als Opfer, bagatellisieren ihre Taten, wollen keine Verantwortung übernehmen.“

Das Gros der österreichischen Männer ist die meiste Zeit in Männerwelten unterwegs. „Für sie geht es um die Zugehörigkeit zu einer Gruppe. Gewalt weist in der Gruppe den Platz zu.“, sagt Lehner. Die Debatte, wie man von dieser kampfbetonten Männlichkeit wegkommt – hin zu einer sozialen –, hat noch nicht einmal begonnen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird immer noch als Frauenthema abgehandelt. Dabei zeigen jüngere Untersuchungen, dass 40 Prozent der Männer sich vorstellen könnten, in Karenz zu gehen. Und die Praxis? Nicht einmal vier Prozent der Kinderbetreuungsgeldbezieher sind Männer. Lehner: „In Österreich, aber auch in Deutschland, herrscht eben noch immer das Familienernährer-Modell vor.“



Wie zivilisiert eine Gesellschaft ist, bemisst sich daran, wieviel Raum Frauen darin einnehmen.

### Entschleierung des Westens

„Wie zivilisiert eine Gesellschaft ist, bemisst sich daran, welchen Raum die Frauen darin einnehmen.“, soll der frühere französische Premierminister Jacques Chirac gesagt haben. Wer das ernst nimmt, gerät schnell auf dünnes Eis. Bettina Mathes und Christina von Braun erforschen in ihrem Buch *Verschleierte Wirklichkeit* die Geschlechterord-

erzwungen, stimmt nicht in allen Fällen: In rückständigen Stammesgesellschaften ebenso wie im liberalen Westen entscheiden sich Frauen unter sozialem Druck für etwas, das ihnen selbst schaden kann.

### Mit Kopftuch und Red Bull

Das heißt nicht, dass der Westen wegschauen soll, wenn muslimische Frauen unterdrückt werden. Kritik muss erlaubt sein. Wer nicht Gefahr laufen will, Minderheiten zu stigmatisieren, sollte bei sich selbst aber ebenso kritisch sein wie bei „den Anderen“. Umso mehr, als Muslime ohnedies unter einem Generalverdacht stehen. Zum Beispiel die Kopftuch-Debatte: Wie passt da der Iran ins Bild, wo Frauen nur verhüllt auf die Straße gehen dürfen? An den dortigen Universitäten studieren weit mehr Frauen als Männer. Wer ein Kopftuch trägt, muss nicht automatisch zurückgeblieben oder unterdrückt sein. Ein Wiener Unternehmensberater hat diese Lektion bereits gelernt. Vor kurzem suchte er einen neuen Mitarbeiter. Er dachte an ein dynamisches, männliches IT-Genie. Es bewarb sich eine junge Muslimin mit Kopftuch. Er war irritiert. Sie war eindeutig die Beste. Also hat er sie eingestellt. Jeden Tag in der Früh, wenn sie ins Büro kommt, geht sie auf den Balkon, raucht eine Zigarette und trinkt eine Dose Red Bull. Dann setzt sie sich an den Computer und beginnt zu arbeiten.

*Edith Meinhart ist Redakteurin des Wochenmagazins profil.*

## 40 PROZENT DER MÄNNER KÖNNEN SICH LAUT STUDIE VORSTELLEN IN KARENZ ZU GEHEN. UND DIE PRAXIS?

nung und ihre Auswirkungen im Christentum, Judentum und Islam. Auch der Westen habe seine „Entschleierung“ gehabt, schreiben sie. Doch befreite sie die Frauen von alten Rollenklischees, ebnete sie den Weg zur Gleichheit?

In den USA lassen sich junge Frauen ihre Nase oder ihre Brüste mit dem Skalpell an gängige Schönheitsnormen anpassen, um ihre Chancen im Leben zu erhöhen. Nimmt ihnen das ihre Individualität – genauso wie ein Schleier? Und wie unterscheiden sich Brustimplantate, Designer-Vaginas und Genitalverstümmelung unter ethischen Gesichtspunkten? Alle diese Praktiken bergen gesundheitliche Risiken und dienen letztlich der Kontrolle des weiblichen Körpers. Das Argument, Schönheitsoperationen seien freiwillig und Genitalverstümmelungen

Gruppenzwang im Westen: **Nabelfrei** auch im Winter.

# VERSCHLEIERTE WIRKLICHKEIT

Ehrenmord heißt in der österreichischen Kultur Eifersuchtsdrama. Der Zwang zur Verschleierung zeigt sich im Westen als Zwang zur Entblößung. Die treibende Kraft dahinter, sagt Kulturwissenschaftlerin Christina von Braun, ist dort wie da dieselbe.

*Interview: Maria Sterkl, Bild: Bernhard Kummer*



## ZUR PERSON

## Christina von Braun

Christina von Braun lehrt seit 1994 als Professorin für Kulturwissenschaft an der Humboldt-Universität in Berlin. Publikationen u.a.: *Verschleierte Wirklichkeit. Die Frau, der Islam und der Westen*. Berlin 2007



Bild: Aufbau Verlag

**W**enn vom Islam die Rede ist, kommt immer auch das Bild des frauenverachtenden muslimischen Mannes zur Sprache. Auffallend dabei ist, dass vor allem rechte Männerbünde, die sonst nie gegen Sexismus auftreten, sich plötzlich als Hüter der Frauenrechte darstellen.

Genau – und das können Sie schon im 19. Jahrhundert beobachten: Als Ägypten noch britische Kolonie war, gab es einen englischen Gouverneur, der sich in Ägypten für die Befreiung der Frau einsetzte. Er sagte den Männern: Ihr werdet nie ein moderner Staat werden, wenn eure Frauen nicht emanzipiert und entschleiert sind. Aber in England war er Leiter des Männerverbands gegen das weibliche Stimmrecht. Daran kann man sehr genau sehen, wie paradox argumentiert wird: Die Frauen der anderen können sich gerne emanzipieren – aber die Frauen im eigenen Land sollen bitte zuhause bleiben.

Die österreichische Innenministerin hat vorgeschlagen, für Zwangsheiraten oder Ehrenmorde den Straftatbestand ‚Kulturdelikt‘ einzuführen: Man müsse ‚die Dinge beim Namen nennen‘, um bei den Tätern ein ‚Unrechtsbewusstsein‘ zu schaffen. Ein guter Vorschlag?

Ich finde das höchst problematisch. Das ‚Kulturdelikt‘ relativiert ja eigentlich das Verbrechen. Unser Gesetzbuch erlaubt es durchaus,

Straftaten wie Ehrenmorde oder Zwangsheirat zu verfolgen. Dazu bedarf es keines neuen Begriffes. Aber wenn man es ein Kulturdelikt nennt, dann sagt man damit: Eigentlich kann diese Person gar nicht anders handeln, die Kultur schreibt es ihr ja vor. Außerdem steckt dahinter die Behauptung, Ehrenmorde oder Zwangsheirat seien automatisch Teil der islamischen Kultur. Und das stimmt einfach nicht. Ehrenmord ist ein archaisches Ritual, das sich in islamische Gesellschaften hinein erhalten hat und das in diesen Gesellschaften auch geächtet worden ist. Und bis in die 1950er Jahre gab es Ehrenmorde auch in Griechenland, in Kreta, und weiterhin auch in Südamerika, also in christlichen Gebieten.

### **DIE IDEALISIERUNG DER MÜTTERLICHKEIT IST ÜBERALL GLEICH VERBREITET. IM WESTEN KOMMT DIE SEXUELLE VERFÜGBARKEIT DAZU.**

Während Ehrenmorde in Deutschland – zu Recht – umfangreiche Medienberichterstattung nach sich gezogen haben, so werden Morde deutscher Ehemänner an ihren Frauen meist in Kurzmeldungen und als Familientragödien abgehandelt. Sehen Sie dafür eine Rechtfertigung?

Nein. Dass jeden zweiten Tag irgendwo eine

Frau von ihrem Ehemann umgebracht wird, weil sie sich von ihm trennen will, und dass dies nur als Familientragödie betrachtet wird, das ist wirklich ein problematisches Phänomen, über das sich unsere Gesellschaft Gedanken machen müsste. Das christliche Eheideal hat die Vorstellung genährt, dass die Beziehung von Mann und Frau untrennbar ist. Will sich eine Frau daraus lösen, folgt der Schluss, dass sie gegen die höchste Einrichtung verstoßen hat und des Lebens nicht mehr würdig ist. Es gab in den USA bis in die 1970er Jahre Staaten, die Männern das Recht gaben, ihre Frauen zu töten, wenn sie fremdgegangen waren. Die Logik ist ganz ähnlich wie beim Ehrenmord: Beim Ehrenmord steht die Ehre der Gruppe oder des ‚Stammes‘ auf dem Spiel, bei der Tötung des Partners, der sich getrennt hat, die Ehre der Ehe.

Sind weibliche Stereotype – Frauen seien emotionaler, fürsorglicher – in muslimischen Gesellschaften weniger verbreitet als im Westen?

Die Idealisierung der Mütterlichkeit ist überall gleich verbreitet. Im Westen ist aber seit den letzten hundert Jahren ein weiteres Ideal dazu gekommen: Die sexuelle Verfügbarkeit des weiblichen Körpers jederzeit, auch und gerade im öffentlichen Raum – das ist ein weiterer kategorischer Imperativ, der neben das Mutter-Sein getreten ist und der im Islam weniger verbreitet ist.



Christina von Braun, Bettina Mathes  
 Verschleierte Wirklichkeit, Aufbau Verlag, Berlin 2007  
 476 Seiten, 24,95 EUR

**Beim Thema Kopftuch gehen die Emotionen hoch: Kaum eine Integrations-Diskussion, bei der nicht über den muslimischen Schleier polemisiert wird. Warum stürzt sich alles auf das Kopftuch – und nicht zum Beispiel auf den langen Bart, oder die Gebetskette?**

Auf das Kopftuch lassen sich alle möglichen Wünsche und Normen projizieren, die zum Teil religiös, zum Teil politisch sind. Wer einen bestimmten Bart trägt, der hat zwar eindeutig eine Art religiöser Gruppenzugehörigkeit, aber das Kopftuch ist auch politisch – auch für die Trägerin des Kopftuchs selbst. Das kann man ganz deutlich sehen an den Unterschieden zwischen der Türkei, wo für einige Studentinnen das Kopftuchtragen zum Emanzipationssymbol wird, während im Iran viele Frauen nur unter Zwang den Schleier tragen.

**Kann das Kopftuch für muslimische Immigrantinnen auch Mittel zur Emanzipation sein?**

Absolut. Das hat man schon in Ägypten sehen können. Als das Land in den 1950er Jahren allmählich in einen modernen Staat überging, da begannen junge Frauen aus nichtstädtischen, teils sogar aus analphabetischen Familien, die in die Stadt gingen, um sich eine höhere Ausbildung anzueignen, plötzlich das Kopftuch zu tragen. Und das gilt in noch stärkerem Maße für Frauen, die aus ihrer Heimat nach Deutschland kommen, die sich hier Bildung aneignen, aber gleichzeitig nicht aussehen wollen wie eine westliche Frau, sondern ein Bekenntnis ablegen wollen zu ihrer eigenen Kultur.

**In Ihrem Buch ‚Verschleierte Wirklichkeit‘ stellen Sie dem Zwang, sich zu verschleiern, den westlichen Zwang, sich zu entblößen, gegenüber. Ich kann mich aber als österreichische Frau diesem Zwang der Entblö-**

**ßung doch leichter entziehen als beispielsweise eine saudiarabische Frau dem Zwang zur Verschleierung.**

Das stimmt in Maßen. Der Zwang läuft auf ganz anderen Ebenen im Westen. Wenn Sie sich anschauen, wie viele junge Frauen im Westen bei bitterer Kälte nabelfrei und in kurzen Miniröcken herumlaufen, weil es diesen Gruppenzwang gibt, seine Haut zu zeigen, dann wissen Sie, dass es sich hier nicht nur um Freiwilligkeit handelt. Es gibt einen ausgesprochenen Druck auf die westliche Frau, sich zu entkleiden.

### **DER SCHLEIER ALS NEUES PUNK-SYMBOL? DAS IST DURCHAUS DENKBAR.**

**Wer im Westen den Zwang zur Entblößung kritisiert, wird sofort als prüde, verklemmt, sexuell beschränkt dargestellt. Warum ist es so schwer, hier zu differenzieren?**

Das ist wirklich eine interessante Frage: Jährlich werden – laut Aussage von Interpol und der Europäischen Kommission – 500.000 Frauen und Kinder zum Zweck der sexuellen Verfügbarkeit in die Länder der EU importiert. Dort wird immer mit der sexuellen Freizügigkeit argumentiert. Die Parolen der Frauenbewegung – Mein Bauch gehört mir, meine Sexualität gehört mir – werden jetzt zu Instrumenten, mit denen sogar Menschenhandel durchgeführt wird. Das ist höchst problematisch. Die Frage der sexuellen Freiheit wird für einen Zweck missbraucht, der niemals im Sinne der feministischen Emanzipation war.

**Dienen muslimische Frauen den westlichen Frauen auch als Projektionsfläche, um den eigenen Selbstwert zu steigern – hier das**

**unterdrückte, unselbständige, sexuell eingeschränkte Weibchen, da die emanzipierte, selbständige, freizügige Frau?**

Absolut. Das sehe ich bei jenen Teilen der feministischen Bewegung, die nur das Ziel verfolgen, das Kopftuch herunterzureißen, und die nicht begreifen, dass man differenzieren muss: Es gibt tatsächlich einige Mädchen oder Frauen, die von ihren Familien gezwungen werden, das Kopftuch zu tragen. Aber es gibt auch viele Frauen, die es tragen wollen. Da einfach nur die Parole auszugeben: Kopftuch weg, dann sind diese Frauen emanzipiert, greift viel zu kurz, und dient nur der Selbstvergewisserung der eigenen Überlegenheit. Das hat man schon im 19. Jahrhundert gesehen. Die ersten Frauen, die den Orient bereisten, traten immer mit diesem Anspruch auf: Wir leben in einer fortschrittlichen Gesellschaft, in der es Frauen gut geht. Dabei kämpften sie selber noch um ihr Stimmrecht und der Zugang zu den Universitäten war ihnen verboten. In dieser Zeit gab es in Ägypten schon längst eine Hochschule, in der Ärztinnen ausgebildet wurden.

**Wenn es gelingt, mit einem kleinen Stück Stoff für solche Provokation zu sorgen, dann wäre das doch ein gefundenes Fressen für rebellierende Teenager ohne Islam-Hintergrund: Der Schleier als neues Punk-Symbol?**

Das ist durchaus denkbar. Wenn man sieht, wie viele meiner Studentinnen mit Röcken über Hosen herumlaufen, ohne zu wissen, dass das eine pakistanische Kleidungsart ist, dann halte ich es für denkbar, dass auch junge, aufsässige Frauen sagen: Ich möchte ein Kopftuch tragen, wie meine muslimische Nachbarin. Allein um die Bürgerlichen zu ärgern.

Maria Sterkl ist Redakteurin von *DerStandard.at*.





DIE WELT DES FAIREN HANDELS

NATÜRLICH FAIR



# slumdog millionär

EIN FILM VON DANNY BOYLE  
[TRANSPOTTING]

**8 OSCARS®**  
U.A. BESTER FILM · BESTE REGIE · BESTE KAMERA  
BESTES DREHBUCH · BESTE FILMMUSIK

[www.slumdog-millionaer.at](http://www.slumdog-millionaer.at) IM KINO MEDIA FILMladen

**Gleichstellung von Frauen: Im Westen noch nicht so weit gediehen.**

# DIE ETHNISIERUNG VON SEXISMUS

Dort, wo noch das altertümliche Patriarchat herrscht, sind „Parallelgesellschaften“ und „Kulturdelikte“ nicht weit.

*Text: Vina Yun, Bild: Paul Sturm*

**I**n der öffentlichen Diskussion über Zuwanderung werden die ungleichen Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern immer häufiger als Erklärung für die Schwierigkeit oder das Scheitern einer „erfolgreichen Integration“ herangezogen. Dabei geht es stets um eine angeblich rückständige Geschlechterideologie innerhalb der migrantischen – insbesondere muslimischen – Familien und Communities. Nicht aber um Strukturen in der Einwanderungsgesellschaft, die Migrantinnen weitgehend entmachtet und im Stereotyp der „durch ihre Kultur unterdrückten Frau“ ein sowohl rassistisches wie auch sexistisches Bild schafft.

Ursprünglich war das „Patriarchat“ ein in der Soziologie und Anthropologie entwickeltes Denkmodell, das während der 1970er Jahre von der Zweiten Frauenbewegung reformuliert und von feministischen Theoretikerinnen als zentrale Kategorie zur Gesellschaftsanalyse eingesetzt wurde. Heute schlägt sich die Rede vom Patriarchat zunehmend als Abgrenzungsmerkmal zwischen MigrantInnen und Mehrheitsgesellschaft in Medien und Politik nieder. Entscheidend dabei ist, dass bestimmte Formen der Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen kausal mit „Kultur“ verknüpft werden. Deut-

lich abzulesen ist diese Zusammenführung beispielsweise an der Wortschöpfung des „Kulturdelikts“ von Innenministerin Maria Fekter im vergangenen Jahr.

Letztlich dient dieses empörte Aufdecken „patriarchaler Strukturen“ und „überkommener Traditionen“ auch immer dazu, Zuwanderung generell zu de-legitimieren. Nicht von ungefähr stehen daher auch Themen wie Zwangsheirat und „Ehrenmorde“ seit einiger Zeit verstärkt auf den Agenden von PolitikerInnen, wenn es um „Integration“ geht.

## **IM FALL VON ZUWANDERERN WIRD EMANZIPATION UND GLEICHSTELLUNG PLÖTZLICH GANZ LEIDENSCHAFTLICH DISKUTIERT.**

Sobald „traditionsbedingte“ Gewalt an Migrantinnen – konkreter: Musliminnen – ins Spiel kommt, wird mit ungewöhnlicher Leidenschaft über weibliche Emanzipation und die Gleichstellung der Geschlechter debattiert – auch unter den Rechten. So will etwa die FPÖ im Kontext von Zwangsehen Frauen dahingehend ermuntern „end-

lich aufzustehen und diese Unterdrückung nicht länger zu akzeptieren“ und fordert in ihrem Positionspapier „Wir und der Islam“ einen jährlichen Situationsbericht „speziell zur Integration von Muslimen“, der auch den Bereich der „Gleichberechtigung von Mann und Frau“ untersuchen soll.

### **Natürliche Gewalt**

Im Vergleich zu Österreich ist in Deutschland die diskursive Verbindung von „Multikulturalismus“ und „Frauenrechten“ schon länger und stärker in der öffentlichen Meinung verankert. „Tausende Musliminnen leben in Deutschland unter dem Joch des Patriarchats, weggesperrt in der Wohnung, hilflos gegen Gewalt und Zwangsheirat. Ohne Chance auf Integration verschwinden sie in einer Parallelwelt, die von fundamentalistischen Haustyrannen dominiert wird“, proklamierte etwa das Nachrichtenmagazin Der Spiegel in seinem Themenschwerpunkt „Allahs rechtlose Töchter – Muslimische Frauen in Deutschland“ im November 2004.

Mitte der 90er Jahre untersuchte die deutsche Sprachwissenschaftlerin Margret Jäger anhand von Alltagsdiskursen die Ausprägungen einer solchen „Ethnisierung von Sexismus“: Einerseits werden z.B. musli-



Am Stammtisch: Männer geben den Ton vor.

mischen Männern Sexismus und Gewalt gegen Frauen als „natürliche Eigenschaft“ zugeschrieben und diese dadurch charakterisiert, andererseits gelten die Geschlechterhierarchien bei den „Anderen“ (und dort) als problematischer Zustand, der gewissermaßen „Entwicklungshilfe“ braucht. Die „nachzuholende“ Entwicklung kann freilich nur in eine Richtung gehen – hin zum westlichen, zu „unserem“ Wertesystem. Die „eigene“ Kultur gilt damit per se als emanzipatorisch.

### Büchermarkt boomt

Auch auf dem Büchermarkt boomen autobiografische Berichte aus dem „Inneren“, in denen türkische, iranische oder nordafrikanische Autorinnen von ihrer Flucht aus einer patriarchalen Gesellschaft erzählen. „Kulturindustrielle Ausschachtung“ nennt die Journalistin und Autorin Hilal Sezgin den Höhenflug dieses Genres, das seit den 90er

Jahren das „Leid der Orientalin“ in den Mittelpunkt stellt und vor allem einem Publikum der Mehrheitsgesellschaft einen Thrill bietet.

In der Kritik an solchen Entwicklungen geht es aber nicht darum, frauenfeindliche Gewalt zu relativieren oder gar zu leugnen. Vielmehr stellt sich die Frage, wie in der Diskussion um Frauenrechte rassistische Stereotype reproduziert werden – bei gleichzeitiger Ausblendung der „eigenen“ Dominanzverhältnisse. Was in migrantischen Zusammenhängen als „Ehrverbrechen“ bezeichnet wird, heißt in mehrheitsösterreichischen Fällen schlicht „Familientragedie“ oder „Eifersuchtsdrama“. Die norwegische Sozialanthropologin Unni Wikan dazu: „Wenn man in Betracht zieht, dass häusliche Gewalt auch oft durch Gefühle der Demütigung, Scham und Rache motiviert ist, so könnte man auch Gewalt im Namen der Ehre als universell bezeichnen.“

Unter der herrschenden Logik, in der sich kultureller Rassismus und Sexismus ineinander verschränken, werden die Stimmen von Migrantinnen freilich nur mehr in einem prekären Gegensatz von „für“ oder „gegen Tradition“ hörbar.

### Pflegen, reinigen

Gerade weil aktuelle Politiken die Geschlechterverhältnisse zu einem zentralen Thema in den hiesigen Migrations- und Integrationsdiskursen machen, sind Allianzen zwischen feministischen und antirassistischen Bewegungen unerlässlich. Dass es gerade auch restriktive Einwanderungs- und Aufenthaltsbestimmungen sind, die Migrantinnen auf eine passive Frauenrolle reduzieren und abhängig machen – etwa anhand von Aufenthaltsbewilligungen, die an den Verbleib des Ehemannes gekoppelt sind –, wird wenig wahrgenommen. Hinzu kommt, dass Migrantinnen trotz guter Ausbildung sich oft in wenig qualifizierten Arbeitsverhältnissen wieder finden, um ihren Aufenthalt im Land zu sichern.

In diesem Zusammenhang hat sich während der letzten Jahrzehnte der Privathaushalt zu einem der größten und am schnellsten wachsenden Arbeitsmärkte für Migrantinnen entwickelt. Immer mehr Haushalte greifen auf die bezahlten Dienste von Migrantinnen zurück, um Reinigungs-, Betreuungs- und Pflegearbeiten auszulagern. Sie ersetzen Frauen der Ober- und auch vermehrt der Mittelschicht in den „klassischen“ Frauenaufgaben. Die patriarchale Arbeitsteilung in produktive (Erwerbsarbeit außerhalb der Familie) und reproduktive Arbeit (Haushalt, Betreuung, Sexarbeit) hat sich dahingehend verschoben, dass sie heute nicht mehr bloß zwischen Männern und Frauen, sondern auch unter Frauen stattfindet: Der berufliche Aufstieg von Mehrheitsösterreicherinnen und die Vereinbarkeit von Job und Familie wird demnach erst durch andere Frauen, nämlich Migrantinnen, und deren gering entlohnte sowie rechtlich und sozial ungesicherte Arbeit möglich. Patriarchale Verhältnisse herrschen daher nicht einfach woanders bei den „Fremden“ – sondern in den eigenen vier Wänden und in uns selbst.

*Vina Yun ist Redakteurin der Zeitschrift MALMOE.*

## Kulturelle Gewalt: Wer definiert sie?

# GEWALT GEHT UNTER DIE HAUT

Vaginalverstümmelung in Afrika, Vaginalverschönerung im Westen. Wie verhalten sich Beschneidung von Frauen und kosmetische Chirurgie zueinander? Die Politikwissenschaftlerin Sara Paloni im Interview.

Interview: Cathren Müller, Bild: Bernhard Kummer



**S**ie setzen im Rahmen eines Forschungsprojekts die Beschneidung von Frauen, wie sie etwa in Somalia passiert, und vaginale Schönheitsoperationen im Westen zueinander in Beziehung. Was haben beide gemeinsam? Beide Eingriffe sind medizinisch sehr ähnlich, beide Praktiken könnten der sexuellen Kontrolle der Frau dienen. Grundsätzlich gilt: Die meisten vergleichenden Ansätze in der Forschung wollen Kritik an einem Diskurs üben, der westliche Körperpraktiken als unproblematisch – weil freiwillig – darstellt, während nicht-westliche als Ausdruck patriarchaler Unterdrückung schlechthin gelten. Ich denke, dass der soziale und kulturelle Kontext des Eingriffs relevant ist: Letztlich geht es um seine Bedeutung in der jeweiligen Gesellschaft und um die sozialen Konsequenzen für die Mädchen und Frauen.

**Beschneidung ist im Westen aber strafbar.** Dass FGM, also Female Genital Mutilation (Genitalverstümmelung, Anm.) eine Form von Gewalt ist, steht auf politischer Ebene außer Frage. Wie aber Polizei, medizinisches Personal und SozialarbeiterInnen in so einem Fall im Westen intervenieren sollen, ist offen. Ist es zum Beispiel sinnvoll, das Kind den El-

tern zu entziehen? Die Beschneidung wird von den praktizierenden Eltern nicht als Kindesmissbrauch verstanden, sondern ist Teil ihrer kulturellen Identität. Die kosmetische Genitalchirurgie betreffend gibt es auch in Österreich Initiativen, Eingriffe zwar nicht strafbar zu machen, aber gesetzlich zu regulieren. Der Gesetzgeber sieht also durchaus die Notwendigkeit, sich einzumischen.

### Sehen Sie bei kosmetischer Chirurgie bei Frauen keine Gewalt im Spiel?

Wenn sich ein erwachsener Mensch dazu entscheidet, eigentlich nicht. Aber wie frei ist unsere Wahl? Deute ich Geschlechterverhältnisse als patriarchale Gewaltverhältnisse, kann ich sagen, Schönheitsnormen sind verinnerlicht und die Gewalt geht unter die Haut. Andere sagen, dass Schönheitsoperationen auch selbstermächtigend sein können. Frauen haben sich die Bestimmung über den eigenen Körper hart erkämpft.

### Welche Hintergründe sehen Sie für kosmetische Genitalchirurgie?

Websites von SchönheitschirurgInnen und Interviews operationswilliger Frauen ergeben, dass schöne weibliche Genitalien jugendlich sein sollten. Es geht also darum,

den Alterungsprozess umzukehren. Gespräche mit ChirurgInnen ergeben, dass die Nachfrage bei Frauen sehr stark steigt. Neben dem Wunsch ein ästhetisch „normales“ Genital zu haben, geht es aber auch um Lustgewinn. Es gibt Eingriffe zur vaginalen Verengung und temporäre Vergrößerungen des G-Punkts.

### Genitalbeschneidungen werden im Westen kulturell erklärt. Wieso gilt das nicht für vaginale Schönheitsoperationen?

Zwischen den Gewalterfahrungen von Frauen aus kulturellen Minderheiten und jenen von Frauen aus der Mehrheitsgesellschaft wird auf eine fragwürdige Weise unterschieden. Politik und Medien sehen in FGM, Ehrenmorden oder dem Kopftuch eine kulturell begründete Gewalt. Wir müssen aber grundsätzlich fragen, welche Rolle Kultur bei häuslicher Gewalt, Vergewaltigung, Stalking oder sexueller Nötigung spielt. Handelt es sich hier um Einzeltäter – in sehr wenigen Fällen um Einzeltäterinnen – oder um kulturell bedingte Gewalt, für die es eine soziale oder kollektive Verantwortung gibt? Wir müssen endlich damit aufhören, die kulturelle Identität und Zugehörigkeit von bestimmten Menschen zu betonen und die von anderen auszublenden.

**Macht: Früher vererbt, heute als Technik weitergegeben.**



Laura Rudas ©Johannes Zinner



Barbara Blaha ©Bubu Dujmic

# DAS DYNASTISCHE PRINZIP

Ob Rudas, Gudenus, Schieder, Pröll – Österreichs Politik wirkt zuweilen wie ein Familienbetrieb. Betrachtungen zu Laura Rudas und Barbara Blaha, die keinen Patron hat.

Text: Thomas Weber

**L**aura Rudas ist in etwa das Gegenteil von Barbara Blaha. Nicht, weil sie sich ideologisch am anderen Ende befinden würde, sondern wegen ihres Zugangs zur parteipolitischen Pragmatik. In ihrer Konsequenz agieren beide gleich beeindruckend. Erstere hat es geschafft, als relativ anpassungsfähige Jungpolitikerin bereits mit Anfang 20 als Wiener Gemeinderätin in erster Linie durch ihr Alter und auf Fotos an der Seite älterer Parteigenossen aufzufallen. Die Gunst mächtiger MentorInnen bescherte ihr schließlich im November 2008, noch keine 28 Jahre alt, den Posten der SPÖ-Bundesgeschäftsführerin. Es braucht keinen großen Mut, zu prophezeien, dass die Karriere

der Tochter eines prominenten Psychiaters und Nichte des einstigen SPÖ-Bundesgeschäftsführers Andreas Rudas gerade erst ihren Anfang genommen hat. Dass sie damals als Jung-Parlamentarierin formal auch noch Mitglied des Verbands Sozialistischer StudentInnen (VSSStÖ) war, einfach abtauchte und lästige Fragen von JournalistInnen unbeantwortet ließ – sie hatte im Nationalratswahlkampf die Abschaffung der Studiengebühren propagiert - ist alles vergessen und vergeben, ausgesessen und verjährt. Barbara Blaha dagegen ist vor allem als sachorientierte Feministin und Kämpferinnen-natur aufgefallen. Schon 2006, als der VSSStÖ sie zur Vertreterin der Hochschülerschaft

(ÖH) nominierte. Und auch 2007. Damals trat sie aus Protest gegen die Beibehaltung der Studiengebühren aus „ihrer“ Partei, der SPÖ, aus. Das Wohlwollen der Presse war ihr damals sicher. Und heute? Hat man Barbara Blaha weitgehend vergessen. Einer kleinen Minderheit ist sie als unkorruptierbar im Gedächtnis geblieben, doch die aktive politische Karriere der Arbeitertochter scheint bereits passé.

## Schon früh gelernt

Aus diesen beiden Einzelfällen lässt sich vielleicht wenig Allgemeingültiges ableiten. Diese Beobachtungen dienen auch keiner moralischen Wertung. Jede/r entscheidet selbst,

welchen Weg er/sie geht. Dennoch lässt sich behaupten, dass Barbara Blaha wenn schon nicht genauso, dann ähnlich agiert hätte wie Laura Rudas, wäre sie nicht als eines von sieben Kindern in eine Arbeiter-, sondern wie diese in eine gutbürgerliche Familie geboren. Und von Kindheit an mit politischen Abläufen, Kompromissen und dem Wissen über „bestimmte Notwendigkeiten“ konfrontiert gewesen. Viele Konjunktive, sicherlich. Während die Peer Group, der sich Blaha verpflichtet fühlen musste, das Umfeld linker StudentInnen und wohl auch jenes ihrer sozial benachteiligten Familie war, konnte Rudas ihrer machtpolitischen Parteifamilie und dem im großen Gesamten auf Systemerhalt bedachten Parteigefüge gegenüber locker den einen oder anderen Kniefall und den Bruch des einen oder anderen Wahlversprechens rechtfertigen. So bleibt der einen „Verrat“ der anderen vertretbarer Kompromiss.

Wie institutionelle Politik funktioniert, zeigt – allein anhand der beiden beschriebenen Charaktere – der Alltag. Die Studiengebühren hat die SPÖ schließlich doch abgeschafft, nur einen „Wahlsieg“ später. Wer heute mitentscheiden darf – Rudas selbst

**JOHN UND JOHANN GUDENUS, PETER UND ANDREAS SCHIEDER, ERWIN UND JOSEF PRÖLL – FAMILIÄRE KARRIEREN**

würde im Politjargon wohl von „mitgestalten“ sprechen – ist auch kein Geheimnis. Und angeblich gelingt es der sanften Bundesgeschäftsführerin ja durchaus, fähige junge Leute an andere wichtige Parteipositionen zu hieven. Den selbstverständlichen

Umgang und das Mitspielen innerhalb der Mechanismen der Macht hat Laura Rudas wohl als Sproß einer Politikerfamilie gelernt. Einzelkind ist sie dabei – zumindest auf die Großfamilie der zahlreichen Politikerkinder bezogen – keines. Beispiele finden sich in allen Parteien (von Gudenus über Schieder bis Pröll). Mit einer Ausnahme: den Grünen. Um über Nachwuchs zu verfügen, der sich aus den eigenen Clans, Dynastien und Vorfeldorganisationen speist, ist die Partei mit ihren 23 Parlamentsjahren schlicht zu jung. Konsequenz, dass sie vor der letzten Nationalratswahl angeblich versucht hat, Barbara Blaha als Quereinsteigerin zum Überlaufen in die eigenen Reihen zu bewegen. Konsequenz auch, dass diese dankend abgelehnt hat.

*Thomas Weber ist Herausgeber des Popmagazins THE GAP. [www.thegap.at](http://www.thegap.at)*



**Alle Menschen sind  
frei und gleich  
an Würde und  
Rechten geboren**

**TAXI 40100**



Illustration: Petja Dimitrova

**ZUR PERSON****Beat Weber**

**Beat Weber ist Redakteur der Zeitschrift MALMOE und Mitglied des BEIGEWUM – Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen.**

**WIRTSCHAFTSKRISE****Lippenstift statt Dividende**

Bisher galt: Der Markt ist weiblich - schwankungsanfällig, unberechenbar, rätselhaft. Männliche Akteure müssen ihm Kontrolle aufzwingen, um Zukunft zu sichern. Und heute? Der Mann in der (Finanz)Krise. Kommentar von Beat Weber

**D**ie Frau im Business-Kostüm greift sich an den Kopf, um sich die Haare zu rauhen, sie beißt die Lippen zusammen. Offensichtlich steht sie im Bann eines schrecklichen Ereignisses. Das beschriebene Sujet fand im Herbst 2008 auffällig häufig Verwendung als Illustration der Presseberichte über die Finanzkrise. Es weicht von der üblichen Bildpolitik auf den Wirtschaftsseiten deutlich ab: jener von dynamischen Männern auf dem Börsenparkett.

Das ist kein Zufall, sondern veranschaulicht die Schwierigkeiten der männerdominierten Finanzwelt, ihre Selbstdarstellung an diese neue Lage anzupassen. Der Finanzsektor lockt AnlegerInnen und TraderInnen mit dem Versprechen von Überlegenheit, Macht und Kontrolle von Zukunft, wie die feministische Ökonomin Mascha Madörin einmal treffend analysiert hat. Auf der Börse wird mit Erwartungen über die wirtschaftliche Zukunft gehandelt. Weil die Entwicklung der Börse mit ähnlichen Eigenschaften belegt wird, wie Weiblichkeit in unserer Gesellschaft – unberechenbar, rätselhaft, schwankungsanfällig – gibt es eine lange Tradition der Analogiebildung zwischen den beiden. Sie mündet in der Vorstellung, dass männliche Akteure durch ihr Agieren dem schwankungsanfälligen Markt – und damit der Zukunft – Kontrolle aufzwingen müssen. Erfolg im Sinne von erfolgreichem Geschäftemachen bedeutet somit bestätigte Männlichkeit. Mit oben beschriebenem Bild wird die Krise als weiblich konstruiert, um das Eingeständnis zerbrochener männlicher Kontrollfantasien zu vermeiden.

**Wissen statt Kapital**

Finanzwissen wurde in den Jahren vor der Krise zunehmend als zentrales Instrument zur Erlangung dieser Kontrolle angesehen. Eine Welle von Initiativen sorgte sich um die „finanzielle Allgemeinbildung“ der Bevölkerung. Erst vor wenigen Wochen hat etwa der neue Sozialminister einen „Finanzfüh-

erschein“ vorgestellt. Die KonsumentInnen sollen Wissen über Bank- und Versicherungswesen lernen, um mit der Entscheidung über private Anlage, Altersvorsorge und Kreditaufnahme nicht länger überfordert zu sein. Eine Art „Finanzbildungsbürgertum“ wurde da beschworen: Für ordentliche BürgerInnen soll Finanzwissen demnach zur Allgemeinbildung zählen. Vorausgesetzt wird dabei, dass es aufs Wissen ankäme, um finanziell erfolgreich zu sein, nicht auf ausreichendes Startkapital und Konsumentenschutzrechte. Und dass der Wettbewerb zwischen provisionsinteressierten Anbietern für sichere Pensionen sorgen kann.

In der Finanzbildung kommt die patriarchale Aufladung des Finanzwesens darin zum Ausdruck, dass Frauen gesondert adressiert werden. Bücher wie „Frauen investieren klüger“ und „Lippenstift und Dividende“ versuchen Frauen anzusprechen, indem der Gedanke der Emanzipation in die Vorstellung von Geldanlage als Vehikel zur Erreichung „finanzieller Unabhängigkeit“ übersetzt wird. Dabei wird appelliert, angeblich spezifisch weibliche Eigenschaften als Stärken im Investmentprozess zu mobilisieren.

**Kontrollillusion geplatzt**

Wenn es auf all das Wissen ankäme, das in Finanzbildungskursen gelehrt und in Finanzführerschein zertifiziert wird, hätte es eigentlich so etwas wie die jüngste Finanzkrise niemals geben dürfen. Denn niemand wird behaupten, hier hätten unwissende Laien Chaos ins System gebracht. Im Gegenteil – es sind die Profis, die Mist gebaut haben.

Ihre Kontrollillusion ist durch die Krise schwer angekratzt. Und während die Zocker und Finanzbildungsbürger zu Buhmännern mutieren, versucht ein neues männliches Role model ihren Platz einzunehmen: Die staatsmännischen, heroischen Krisenmanager.

## HOBBY-PSYCHOLOGIE

### Jet Set Fekter

Bild: Fotolia, Owen Mather, Ch. Müller/scoopix.at  
(Bildmontage)

Schon mal über die Kaltschnäuzigkeit von Maria Fekter gewundert? Die Innenministerin ließ Arigona Zogaj medial ausrichten, dass ihre „Rehleinaugen“ vor Abschiebung nicht schützen. Deren schwerkranke Mutter Nurie bezeichnete die Juristin öffentlich indirekt als „schlechte Mutter“. ZeugInnen im parlamentarischen Untersuchungsausschuss attackierte die ÖVP-Fraktionsführerin verbal teils heftig. Und nach der Ermordung des tschetschenischen Kronzeugen Umar Israilov behauptete Fekter, dieser hätte nie um Polizeischutz angesucht. Woher nimmt die „Eiserne Lady“ bloß ihre vielfach als abgehoben empfundene Selbstsicherheit? Manche vermuten, die hätte sie sich im elterlichen Betrieb, einem mittelständischen Kies- und Betonwerk erworben. Andere meinen: Der Betrieb ermöglicht der Ministerin einen Jet-Set-Lebensstandard, der ihr Weltbild weit über die Sorgen und Nöte der kleinen Leute hinaushebt. Fekter soll ihren Urlaub gerne im Kreis der Reichen und Schönen an der Cote d'Azur verbringen. Stressige Arbeitswoche? Ein Trip nach St.Tropez, eine Runde Jetski fahren hilft. Ist Maria Fekter tatsächlich schon so abgehoben, dass sie sich in die Welt der Nurie Zogaj nicht mehr hineinfinden kann?





Lieben heißt  
nicht müssen.



Gemeinsam leben, solange es freut. Getrennte Wege gehen, sobald man will. Sich wieder vereinen, so fern man mag. Das STANDARD Abo mit SoftStorno®.



Täglich kündbar. Anruf genügt.  
Und zwar ohne Angabe von Gründen.  
Bestehendes Guthaben wird automatisch zurückbezahlt.



Die Zeitung für Leserinnen

## Schutz – jetzt auch vor willkürlicher Gewalt

Gute Nachrichten für Bürgerkriegsflüchtlinge. Sie müssen künftig keine persönliche Verfolgung mehr nachweisen. Laut Europäischem Gerichtshof reicht „willkürliche“, also ungezielte Gewalt für Schutzgewährung aus.



Bild: istockphoto

### GEMEINSAME FLÜCHTLINGSPOLITIK

## Harmonisierung der EU-Asylpraxis

Die EU-Kommission hat die Einrichtung einer europäischen Agentur für Asylfragen auf den Weg gebracht. Das teilte Jacques Barrot, EU-Kommissar für Freiheit, Sicherheit und Recht, im Februar mit. Ziel sei es, die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Asylbereich zu koordinieren und somit die Harmonisierung des Asylrechts weiter voran zu treiben. „Wir müssen nicht nur unsere Rechtsvorschriften, sondern auch unsere

Vorgehensweisen angleichen“, verweist Barrot auf stark divergierende Anerkennungs-raten in den einzelnen EU-Staaten. Die Chancen auf Anerkennung für einen irakischen Asylbewerber lägen etwa in Schweden bei 71 Prozent und in Griechenland bei zwei Prozent. Ein guter Ansatz, sagt dazu die Flüchtlingsexpertin Anne Peeters von ECRE, einem europäischen Netzwerk von Flüchtlingsorganisationen. „Selbst wenn ein

Land alle Informationen hat, kommt es darauf an, wie man sie analysiert. Da könnte die EU-Agentur mit Empfehlungen sehr viel beitragen“, zeigt sich Peeters optimistisch. Wenn der Vorschlag der EU-Kommission rasch angenommen wird, könnte das Büro bereits 2010 eingerichtet werden und seine Tätigkeit zur Harmonisierung der Asylbestimmungen der Mitgliedstaaten aufnehmen. *red*

## Nazi-Dreck und Bier vom Afrikaner

Karl Schnell, Klubobmann der FPÖ, beschwerte sich in einem Interview, dass „mittlerweile der Schwarzafrikaner in München die Maß bringt“. Mit einem FP-Jungpolitiker, der angeblich „Nazi-Dreck“ (Parlamentspräsident Martin Graf) beim Aufruhr-Versand bestellt hat, hat er aber kein Problem zu „reden“. *red*

## Ministerin für Rassenkunde

Innenministerin Maria Fekter tut sich als Expertin für Rassenkunde hervor. In einem Interview mit der Tageszeitung Die Presse attestiert sie fünf Prozent der Asylsuchenden kriminelle Energie. Bei manchen Ethnien betrage der Prozentsatz freilich bis zu zehn Prozent. *red*

## Bush und Rumsfeld vor Gericht

Da staunte das US-Fernsehpublikum nicht schlecht, als der forsche „Manfred Nowak from Austria“ im CNN-Interview darauf hinwies, dass die US-Regierung verpflichtet wäre, Ex-Präsident George W. Bush und dessen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld wegen Folter vor Gericht zu bringen. Manfred Nowak ist UN-Sonderberichterstatter für Folter. *red*



Bilder: Manfred Nowak im CNN-Interview

## Machowetz: "Ich war auch am Begräbnis von Bruno Kreisky und Falco."

### POLITIK

# Das Netzwerk Machowetz

Er unterhält gute Kontakte ins rechte Milieu. Das Finanzamt ermittelte gegen ihn wegen Verdachts auf Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung. Kein Problem. Für die Stadt Wien sorgte Christian Machowetz während der EURO dennoch für Sicherheit. Und Funktionär des ÖVP-Wirtschaftsbundes ist der vielseitige Unternehmer nebenbei. Eine Netzwerkanalyse.

TEXT: EVA BACHINGER, BILDER: BERNHARD KUMMER, ILLUSTRATION: PETRA DIMITROVA

**I**m Haus der Oberen Donaustraße 10 im zweiten Wiener Gemeindebezirk leben polnische Arbeiter in einer Miniwohnung und müssen dafür keine Miete zahlen. Als Gegenleistung würden sie für den Wohnungsbesitzer die Räume renovieren, erzählen sie vor Gericht. Was für eine nette Geste, möchte man meinen. Doch in Wirklichkeit handelt es sich bei den Polen von nebenan um mutmaßliche Schwarzarbeiter, die ohne jegliche Absicherung Bauarbeiten ausführen. Die Abteilung KIAB (Kontrolle der illegalen Arbeitnehmerbeschäftigung) des Finanzamtes führte bereits ein Finanzstraf-Verfahren. Der Verdacht: Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung. Bei dem Wohnungsbesitzer handelt es sich um Christian Machowetz, ehemaliger Chef der Sicherheitsfirma „Security Management GmbH“, Co-Geschäftsführer der Firma SEMA Seper, Mitglied des ÖVP-Wirtschaftsbundes, ausgestattet mit besten Kontakten zur Stadt Wien. In den 70er Jahren war er zahlendes Mitglied der später verbotenen, rechtsextremen ANR („Aktion Neue Rechte“).

### KLAGE GEGEN EKH

Für erhebliche Unruhe hat Machowetz bereits 2004 gesorgt, als er das Ernst-Kirchweiger-Haus der KPÖ um 600.000 Euro kaufte. Einer der EKH-Mieter, der „Verein für Gegenkultur“, rebellierte gegen den Deal und veröffentlichte Machowetz' rechten Hintergrund. Der Security-Unternehmer klagte auf Unterlassung. Doch bei seinen Auftraggebern von SPÖ bis ÖVP, von GPA bis Lifeball geriet er dennoch unter Druck. Im Juni 2005 wandte er sich in einem Brief an seine KundInnen: Seine Security-Firma habe beim Lichtermeer am Heldenplatz und anderen Veranstaltungen von SOS-Mitmensch sowie beim Begräbnis der vier Roma-Opfer in Oberwart unentgeltlich gearbeitet. Alles ganz harmlos? 1992 tauchte Machowetz – wie der jetzige FPÖ-Parteichef Heinz-Christian Strache – auf dem Begräbnis von Norbert Burger, deutschnationaler-rechtsextremer Politiker, auf. „Der Grund für den Begräbnisbesuch war normales politisches Interesse. Ich war auch am Begräbnis von Bruno Kreisky und Falco“, sagte Machowetz später vor Gericht.

Ein Foto von ihm mit dem berühmt-berühmten Kühnen-Gruß erklärte Machowetz so: „Der Fotograf hat mich tausendmal fotografiert. Ich habe mit meinen Fingern so ein Blinkzeichen gemacht, d.h. ich habe die Hand auf- und zugemacht.“

Machowetz' damaliger Geschäftsführer seiner Securityfirma war Walter Jaromin, ein laut Wochenmagazin profil rechtsgeinnter Detektiv. Der Journalist Wolfgang Purtscheller, Autor von Büchern über Rechtsextremismus, erinnert sich, dass Machowetz mit seinem Auto öfters beim EKH vorgefahren sei – mit dem provozierenden Nummernschild „W-EHRM8“. Aus datenschutzrechtlichen Gründen kann das Verkehrsamt das weder bestätigen noch dementieren. Purtscheller behauptet, Machowetz soll auch mit dem Rechtsextremisten Gottfried Küssel „eng befreundet“ sein. „Den Kläger (Machowetz, Anm.) kenne ich erst seit drei oder vier Jahren“, sagte Küssel am 16. Mai 2006 vor Gericht aus.

Manche Auftraggeber bekamen schließlich kalte Füße: „Wir haben nach Bekanntwer-



den seiner Vergangenheit die Zusammenarbeit beendet und auch urgiert, dass er von seiner Referenzliste streichen soll“, erklärt GPA-Sprecher Martin Panholzer. Dem ist er übrigens bis heute nicht nachgekommen. Das Gerichtsverfahren mit dem EKH ging bis ans Oberlandesgericht, das Machowetz’ Klage im Juli 2007 abwies und bestätigte, dass er ANR-Unterstützer gewesen war. Das Höchstgericht stützte sich auf Bestätigungen vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) und vom Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung. Machowetz berief dagegen nicht mehr.

### EIN TOTER IM KELLER

Trotz aller Aufregung verdiente Machowetz laut Wochenmagazin profil eine satte Million, weil sich die SPÖ-nahe Baufirma Porr plötzlich brennend für das EKH interessierte und es Machowetz für 1,6 Millionen Euro abgekauft haben soll. Porr hatte einen gewichtigen Grund: Nach der Errichtung des Zentralbahnhofs bis 2015 wird eine Aufwer-

tung der gesamten Nachbarschaft erwartet. Der Druck auf Machowetz musste aber angehalten haben: Denn Christian Machowetz hat seine Securityfirma im Jänner 2007 an einen gewissen Herrn Marek Kozlowski aus Polen „übergeben“. Es existieren weder Homepage noch Telefonnummer. Gläubiger, die von Kozlowski ihr Geld wollten, haben beim Wiener Handelsgericht zweimal um Konkurs angesucht. Die Anträge wurden im November 2007 und im Februar 2008 „mit der Begründung zurückgewiesen, dass an der im Firmenbuch aufscheinenden Anschrift 1020 Wien, Obere Augartenstraße 64/HP/1A kein Unternehmen mehr betrieben wird und kein inländisches Vermögen feststellbar ist“, so Vizepräsident Alexander Schmidt. Es sei „denkbar“, dass es sich um eine Scheinfirma handelt.

Auch unter der Adresse Obere Donaustrasse 10 der eingangs erwähnten Arbeiter ist eine „Baufirma“ namens „Josef Pieprzycki Bau KEG“ gemeldet. Am Nachmittag des 27. Februar 2007 kam es unter dem Vorsitz von Richter Gerald Fegerl zu einer Verhand-

lung gegen Pieprzycki beim Unabhängigen Verwaltungssenat (UVS). Der Wohnungseigentümer Machowetz ließ sich entschuldigen – er sei in Kroatien. Auffällig war bei der Verhandlung im Zimmer C218, dass der Pole – er spricht kaum Deutsch – von einem honorigen Anwalt vertreten wurde: Johannes Hübner, ORF-Stiftungsrat, Miteigentümer der rechtsextremen Zeitschrift Zur Zeit, Kandidat der FPÖ-Liste in Wien. Hübner hatte schon Machowetz bei Räumungsklagen gegen EKH-Mieter vertreten. Nun verweigert er jede Auskunft und will auch keinen Kontakt zu Machowetz herstellen, denn er würde ihm als Anwalt gar nicht mehr zur Seite stehen. Auch Machowetz selbst war trotz mehrmaliger Versuche nicht für eine Stellungnahme zu erreichen.

Die Bauarbeiter gerieten jedenfalls ins Visier der Ermittler, weil im November 2006 im Keller des Hauses die stark verweste Leiche eines 44-jährigen polnischen Bauarbeiters gefunden wurde. Der damalige Ermittler Roland Frühwirth erklärte, dass das Opfer an einer stumpfen Gewalteinwirkung



Unscheinbare Nachbarschaft: Auch an der Oberen Donaustraße 10 ist eine Baufirma gemeldet.

eines „großflächigen Gegenstandes“ gegen den Kopf starb. Der Arbeiter habe zehn Jahre in Österreich gelebt, wohnte in dem Haus und war bei der dubiosen Baufirma beschäftigt. Eine Theorie der Polizei: Seine Mitbewohner könnten ihn nach einem tödlichen Arbeitsunfall aus Angst in den Keller gelegt haben. Dem Verdacht auf illegale Beschäftigung ging schließlich die „Kontrolle der illegalen Arbeitnehmerbeschäftigung“ des Finanzamtes nach. Dass Machowetz zumindest als Vermieter mit einer Scheinfirma zu tun hat, wird durch das UVS-Verfahren belegt. Das Finanzamt gibt dazu keine

Stellungnahme ab, denn Inhalte eines Abgabeverfahrens unterliegen der Geheimhaltungspflicht.

#### **WAREN IMMER ZUFRIEDEN**

Journalistische Beobachter wie Purtscheller und Herbert Loitsch von Radio Orange beschreiben Machowetz zwar als Person mit rechter Gesinnung, der es aber primär ums Geld ginge. Seine Sicherheitsleute waren überall im Einsatz: Bei Konzerten von U2 oder den Rolling Stones genauso wie beim Präsidentschaftswahlkampf der ÖVP-Kan-

didatin Benita Ferrero-Waldner, beim Erntedankfest des Bauernbundes, beim Lifeball sowie bei vielen SPÖ-Veranstaltungen. Die Stadt Wien hat an die Sicherheitsfirma lukrative Aufträge wie das Filmfestival am Rathausplatz, das Donauinselfest sowie zehn Jahre lang den Silvesterpfad vergeben. Martin Draxler, Prokurist der Stadt Wien-Marketing, findet daran nichts Anstößiges: „Das war im Eventsektor eine der renommiertesten Sicherheitsfirmen. Wir waren immer recht zufrieden. Die Zusammenarbeit wurde beendet, weil Machowetz seine Firma verkauft hat.“ Nun setze man nur deshalb

auf andere Sicherheitsfirmen wie auf das Unternehmen „Sikur“ – mit Machowetz-Freund Karl Seper als Geschäftsführer. Gefragt ist Christian Machowetz auch beim Wirtschaftsbund der ÖVP in Wien Währing. Bei der Hauptversammlung 2007 wurde er zum Leitungsmitglied gewählt. Im Bundes-Wirtschaftsbund scheint man darüber allerdings wenig erfreut und ein Sprecher der ÖVP-Zentrale verweist rechtfertigend gar auf Josef Fritzl aus Amstetten, über dessen Hintergründe viele auch nichts gewusst hätten.



Bild: iStock

Beim Wiener Stadtfest vertraute die Volkspartei auf die Sicherheitsfirma Sikur. Allerdings: Wo Karl Seper ist, da ist auch Christian Machowetz nicht weit. Sikur ist im Grunde die Nachfolgefirma von Machowetz' Sicherheitsfirma. Die Referenzlisten beider Firmen auf den Websites geben dieselben Veranstaltungen wie „Ein Fest für Benita 2004“ oder den Lifeball seit 1995 an, obwohl Sikur offiziell dort erst seit 2005 im Einsatz ist. Hier schließt sich noch ein Kreis: Sikur entstand aus der Berufsdetektei des alten Machowetz-Mitstreiters Jaromin. Laut Firmenbuch hat Seper die Geschäftsführung abgegeben und seit 29. Jänner 2009 ist ein Pole neuer Geschäftsführer, ein gewisser Herr Jozef Wladyslaw Dybas. Man wählte dasselbe Schema: Denn der Vorgang erinnert frappant an Machowetz' Übergabe seiner früheren Sicherheitsfirma, die nun auch ein Pole führen soll. Die Homepage [www.sikur.at](http://www.sikur.at) existiert nicht mehr. Gleichzeitig gibt es seit Jänner 2009 zwei neue Firmen: Epro-Sikur – wieder ohne Homepage, mit der Telefonnummer von Sikur. Und um die Verwirrung perfekt zu machen: Es gibt nun auch noch die Sikur Personalverwaltung' Beide Firmen werden geführt von Gerald Schillinger und Herrn Dybas.

Seit 2005 ist Machowetz, gemeinsam mit Seper, auch mit der SEMA Seper OEG aktiv. Die Firmengruppe SEMA versteckte sich bisher bei Sikur unter dem Geschäftsbereich „Promotion“. Sie bietet u.a. Verteilaktionen

an und scheint in einer Angebotsübersicht des Pressevertriebs Morawa im Bereich von Schlagzeilen-Plakatstehern für Zeitungen auf. Morawa-Geschäftsleiter Georg Rangger dementiert, verweist aber auf den NEWS-Verlag als wichtigen Kunden von SEMA Seper. Neben Seper ließ auch der greise Jaromin Machowetz nicht im Regen stehen: Der Ex-Detektiv betreibt seit 2007 als Geschäftsführer eine Firma namens „VIP Veranstaltungsmanagement“ – mit Machowetz als Prokurist und Gesellschafter. Da Jaromin mittlerweile 89 Jahre alt ist, dürfte vor allem Machowetz geschäftlich operativ sein.

### MILLIONENAUFTRAG EURO

In der Sicherheitsbranche wird Machowetz nicht besonders geschätzt, man munkelt über zahlreiche anonyme Anzeigen wegen Schwarzarbeit. Die Staatsanwaltschaft Wien bestätigt das aber nicht. Aus „unerfindlichen Gründen“ hat Sikur „gute Beziehungen zur Stadt Wien“, meint man bei einer großen Sicherheitsfirma. Laut Prokurist Michael Draxler von der „Marketing und Prater Service“ der Stadt Wien setzt das Rathaus „unter anderen“ immer wieder auf die Sicherheitsfirma Sikur. Tatsächlich erhielt Sikur mit der Betreuung der EURO-Fanmeile auf der Wiener Ringstraße einen Großauftrag. Laut Insiderinformationen belief dieser sich auf 3,5 Millionen Euro. Draxler bestätigt einen Betrag „in dieser Größenord-

nung“, aber der Auftrag sei nicht nur an Sikur ergangen, sondern an eine „Arbeitsgemeinschaft Sikur Sicherheitsdienste Österreich und b.i.g. Sicherheit GmbH aus Deutschland“. Dass Seper nach so einem lukrativen Auftrag weder Sikur noch die anderen Firmen unter diesem Namen führt, ist für Steuerexperten zumindest eigenartig.

„Es kann natürlich sein, dass die fällige Umsatzsteuer für den Auftrag nicht abgeführt wurde. Es ist aber genauso gut denkbar, dass die Gesellschaft alles ordnungsgemäß abgeführt hat. Da ein Geschäftsführer in so einem Fall auch für die Abgaben haften würde, wäre es von einem in Österreich ansässigen Geschäftsführer auch etwas kurzsichtig, einfach die Umsätze nicht zu melden, das Unternehmen zu schließen, und davon auszugehen, dass nie was passiert. Denkbar ist aber auch das“, sagt Steuerberaterin Petra Egger.

Die Gewerkschaft kritisiert, dass in der Branche besonders viele MitarbeiterInnen nur mit Werkverträgen und ohne Arbeitszeitbegrenzung beschäftigt sind. „Wer jahrelang mit Pseudoselbstständigen und unter Umständen auch mit Schwarzarbeit agiert“, ärgert sich Jakob Grumbach von der Gewerkschaft vida, „kann natürlich viel billiger sein als andere. Das ist unlauterer Wettbewerb.“ Und weiter: „Wenn Sikur für die EURO 100 Mitarbeiter abstellt und sich um die Rechtslage nichts pfeift, hat irgendwer sehr gut verdient.“ Krankenkassen, Finanzamt und Arbeitsinspektorat hätten es in der Hand, doch die Kontrollen seien allgemein „sehr freundlich umschrieben viel zu lax“.

Die Politik und andere Veranstalter richten sich offenbar nur nach der Kostenwahrheit. Das Netzwerk Machowetz funktioniert deshalb bis jetzt reibungslos.

*Eva Bachinger ist Redakteurin der Tageszeitung Österreich.*

**Einsatzleiter Sieber:** „Mit Rassismus hat das nichts zu tun, ich muss Sie enttäuschen.“

## Paintball-Spiele

Drei Jugendliche schießen auf eine asiatische Schnellimbiss-Verkäuferin mit einem Paintball-Gewehr. Einer trägt ein fremdenfeindliches T-Shirt. Die Polizei sieht keinen rassistischen Hintergrund. Alles nur Ansichtsache?

TEXT: PHILIPP SONDEREGGER

BILDER: BERNHARD KUMMER

**D**rei Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren stürmen die Filiale eines Schnellimbisses im Kärntner St. Veit an der Glan und schießen einer asiatischen Thekenkraft mit einem Paintball-Gewehr ins Gesicht. Die Frau wird unter dem Auge verletzt und muss im Krankenhaus behandelt werden. Zuvor hatten die Jugendlichen die Fassade eines Asylheims beschossen. Einer der Burschen trägt ein T-Shirt mit fremdenfeindlicher Aufschrift, berichtet die Tageszeitung Die Krone. Die Täter flüchten, werden aber im Zuge einer örtlichen Fahndung gefasst. Gegen die drei Jugendlichen, die den Schnellimbiss überfallen haben, läuft derzeit ein Verfahren am Klagenfurter Landesgericht. Die ermittelnden PolizeibeamtInnen konnten nach der Einvernahme keinen politischen Hintergrund der Tat feststellen. Ein „unpolitischer“ Fall von mehreren?



Symbolbild: Angriff auf Verkäuferin. Alles nur junger Übermut?



Tatsache ist, dass sich Anzeigen von Delikten mit xenophobem oder rechtsextremem Hintergrund in den vergangenen zwei Jahren nahezu verdoppelt haben. Das geht aus der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der Grünen durch Innenministerin Maria Fekter hervor. Die Statistik wirft zugleich ganz grundsätzliche Fragen auf: Wann wird bei einer Straftat überhaupt von einem politischen Hintergrund ausgegangen? Wer trifft diese Entscheidung? Und aufgrund welcher Kriterien? Welche Konsequenzen schließlich hat diese Einstufung?

Das Strafgesetzbuch in Österreich kennt eine Reihe von politischen Delikten: nationalsozialistische Wiederbetätigung etwa, oder den Tatbestand der Verhetzung. Hier kommt es jedes Jahr zu mehreren dutzend Verurteilungen. Darüber hinaus gilt ein rassistisches Motiv als Erschwerungsgrund für jede Straftat und erhöht das Strafmaß. Wer also einen anderen Menschen aus „Ausländerhass“ körperlich verletzt, hat nach geltender Rechtslage mit einer schwereren Strafe zu rechnen als jemand, der dasselbe Delikt ohne dieses Motiv begeht.

### ALLE HINWEISE RELEVANT

Warum also konnte bei dem zitierten Fall kein politischer Hintergrund festgestellt werden? Auf Anfrage von MO, wann ein Delikt politisch ist, teilt ein hoher Beamter des Justizministeriums Folgendes mit: „Wenn Täter einschlägig bekannt sind, gleichzeitig auch politische Straftaten begangen haben oder andere Indizien dafür sprechen, wird von einem politischen Hintergrund ausgegangen.“ Wie ist das also, wenn bei einer Schlägerei zwischen in- und ausländischen Jugendlichen fremdenfeindliche Parolen gerufen werden? Dann werde dieser Hinweis auf ein fremdenfeindliches Motiv „wohl in aller Regel Eingang in die Anzeige findet“, so der Beamte, der namentlich nicht genannt werden will.

Die Einschätzung, ob eine Straftat einen politischen Hintergrund hat, hängt also auch vom Ermessen der ermittelnden BeamtenInnen und von der untersuchenden

Staatsanwaltschaft ab. Und zwar davon, wie diese Hinweise auf rassistische und fremdenfeindliche Motive von den Ermittlern interpretiert und gewichtet werden. Sofern die Polizei Hinweise falsch einschätzt oder als nicht relevant erachtet, können sie auch keinen Eingang in den Strafakt finden. Für das Gericht wird damit eine umfassende Beurteilung unmöglich.

### POLIZEI SIEHT ES ANDERS

Im Jänner 2008 findet am Rosenmontag im Vorarlberger Hard der traditionelle Faschingsumzug statt. Im Anschluss daran kommt es zu einer Schlägerei. Zwei Gruppen, insgesamt hundert Personen, sind darin verwickelt. Die Harder Exekutive erhält Verstärkung von mehreren Streifen des Bezirks, sie nimmt sieben Personen vorübergehend fest. Die Vorarlberger Nachrichten berichtet Tags darauf von einer Massenschlägerei zwischen türkischen und eingewanderten Jugendlichen. Zeugen berichten von betrunkenen Jugendlichen, die pöbelnd durch das Ortszentrum von Hard gezogen waren und fremdenfeindliche Parolen gerufen hatten. Der Einsatzleiter beim Vorfall, Dieter Sieber, sieht es – von MO kontaktiert – ganz anders: „Mit Rassismus hatte das nichts zu tun, da muss ich Sie leider enttäuschen.“ Sieber, stellvertretender Kommandant der Polizeiinspektion Hard, räumt zwar fremdenfeindliche Rufe wie „Scheiß Türken!“ ein. Das komme bei Amtshandlungen aber immer wieder vor. Er spricht sich dagegen aus, den Vorfall mit Interpretationen zu überfrachten und spielt auf jugendlichen Übermut an: „Für einige Jugendliche war das eine richtige Anerkennung für ihr Verhalten, dass sie in der Zeitung gestanden sind.“ In seinem Abschlussbericht hat Sieber festgehalten, dass eine Gruppe erkennbar ausländische Beteiligung hatte: „Was' hat, das hat's, aber mehr muss man nicht daraus machen.“ Einen politischen Hintergrund sieht er nicht. Es habe sich eher eine Dynamik entwickelt, die sich letztlich ausgehend von ein paar Problemjugendlichen vor allem gegen die Polizei selbst gerichtet habe. Also alles nur Ansichtssache? Irgendwie schon, räumt Sieber

ein. Letztlich sei alles eben auch eine Frage der Einschätzung.

### EUROPA-RAT: KRITIK AN BEHÖRDEN

Anfang März erhielt Österreich hohen Besuch von einer Delegation des Europa-Rates. Alle vier Jahre verfasst die Kommission gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz einen Bericht über die Situation in den Mitgliedsländern. Die Abgeordneten befragen Ministerien, NGOs und andere Einrichtungen, um sich ein Bild über die Lage zu verschaffen. Sie empfehlen geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus. Im zweiten Bericht des Jahres 2000 und im dritten Bericht von 2004 urgierte der Europarat eine bessere Umsetzung der strafrechtlichen Verfolgung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Handlungsbedarf sieht die Kommission insbesondere bezüglich des Paragraphen 33.5 des Strafgesetzbuches. Jenem Passus, der die Wertung fremdenfeindlicher und rassistischer Motive als Erschwerungsgrund regelt. Der Europa-Rat wird diesen Punkt wohl auch im kommenden Bericht wieder anführen.



Rassistische Delikte. Alles Ansichtssache.



**INTERVIEW**

# Die Widerständigen

Flüchtlinge aus Tschetschenien gelten in Medien als gewalttätig. Menschenrechtsanwältin und SOS-Mitmenschen Vorsitzende Nadja Lorenz über ihre KlientInnen – und deren Probleme.

INTERVIEW: MICHAEL WEISS, BILDER: BERNHARD KUMMER



### **Frau Lorenz, Sie vertreten viele tschetschenische Flüchtlinge vor dem Asylgerichtshof. Mit welchen negativen Vorurteilen und Stereotypen haben sie zu kämpfen?**

Was ständig kolportiert wird, ist Aggressivität, Kriminalität und fehlender Integrationswille. Es ist schwer, auf derartige Pauschalurteile nicht pauschal zu reagieren, was aber eigentlich wichtig wäre. Ich kann nicht über alle TschetschenInnen in Österreich sprechen, sondern nur über meine KlientInnen. Aber bei denen fallen mir im Gegenteil sogar sehr oft herausragende positive Eigenschaften auf.

### **Zum Beispiel?**

Die meisten von ihnen sind Menschen, die sich nichts gefallen lassen wollen. Sie fragen sehr genau nach, sind neugierig und bereit, das Wenige, das ihnen noch geblieben ist, mit aller Kraft zu verteidigen. Das imponiert mir, deshalb vertrete ich diese Menschen gerne. Es gibt aber leider auch Ausnahmen. Natürlich gibt es auch Aggressivität und Kriminalität, so wie Ursachen dafür.

### **Und die wären?**

Ich habe vor kurzem einen jungen Mann vertreten, der zwei Vorstrafen hatte. Beide aus einer Zeit, als er aus der Grundversorgung herausgefallen war. Dieser junge Mann stand auf der Straße und hatte nichts. Da liegt es nahe, einen Ladendiebstahl zu begehen. Was würden Sie tun, wenn Sie keinen Platz zum Schlafen und nichts zu essen für den nächsten Tag haben? Das sind Situationen, in die AsylwerberInnen leider immer wieder geraten. Ein Skandal in einem immer noch sehr reichen Land wie Österreich.

### **Wie sieht es mit dem Willen zur Integration aus?**

Den sehe ich bei den meisten meiner KlientInnen absolut. Es ist für mich ein sehr wichtiger positiver Aspekt, dass diesen Menschen sehr viel daran liegt, dass ihre Kinder – und das sind oft viele – zur Schule gehen, eine Ausbildung bekommen, und dadurch integriert werden. Was durchaus ein Problem ist, ist die archaische, patriarchalische Gesellschaftsstruktur in Tschetschenien. Das stößt mir zwar selbst immer wieder bitter auf, aber es hält mich nicht davon ab, diese Menschen zu unterstützen.

### **Woher kommen die Ressentiments gegen TschetschenInnen?**

Ich glaube, das hat mit der schon erwähnten Widerständigkeit zu tun. Wer sich nicht so

viel gefallen lässt, fällt in Österreich schon mal auf. Dazu kommen Aussagen diverser Politiker, die teilweise sehr hetzerisch waren. Medien beten das teilweise nach. Die Bevölkerung glaubt das, es steht ja kaum selbst jemand in Kontakt mit den Betroffenen. So werden diese Unbekannten dann zu Sündenböcken für allerhand Probleme, die die Menschen in ihrer eigenen Umgebung vorfinden.

### **Also sind die Medien mit Schuld?**

Ja, natürlich. Ich habe den Eindruck, dass die österreichischen Medien erst nach diesem tragischen Mord im Jänner begonnen haben, sich mit der tschetschenischen Geschichte zu beschäftigen. Das Tschetschenen-Bashing wich plötzlich Artikeln mit anderem Blickwinkel. Diese Auseinandersetzung ist wichtig. Ich selbst hatte lange nicht verstanden, wie jemand in derart unsicheren Zuständen, auf der Flucht, Kinder in die Welt setzen kann. Unter Stalin wurde mehr als die Hälfte dieses Volkes ausgerottet. Das ist zwei Generationen her, das prägt diese Menschen.

### **Wo äußert sich das noch, außer in der Größe der Familien?**

Ich beobachte bei vielen TschetschenInnen ein unglaublich starkes Nationalgefühl. Viele sagen in ihren Interviews am Asylamt unaufgefordert, dass sie das Land niemals freiwillig verlassen hätten. Wenn wir schon pauschal von Gruppen sprechen, dann ist das sicher ein herausragender Aspekt, der die TschetschenInnen von anderen unterscheidet.

### **Wie laufen diese Interviews am Asylamt ab? Welche Situation erleben Ihre KlientInnen?**

Sie erleben vor allem zwei Argumentationsmuster. Jene Asylsuchenden, die kein massives Vorbringen haben, werden mit der Begrün-

dung zurückgeschickt, dass sich die Lage ohnehin schon beruhigt habe – in ein Land, in dem es die Rechtsstaatlichkeit de facto nicht gibt, in dem man wegen jeder Kleinigkeit verdächtig, eingesperrt und gefoltert werden kann. Und jene, die vorbringen, den Widerstand gegen Präsident Ramsan Kadyrow bzw. Russland unterstützt zu haben, werden sofort als Terrorverdächtige abgestempelt.

### **Das hört sich so an, als würden die BeamtInnen geradezu fieberhaft nach Gründen suchen, Asylanträge abzulehnen...**

Ja, aber das betrifft alle, nicht nur TschetschenInnen. Es wird zwar nicht offen ausgesprochen, aber die Maßgabe aus dem Innenministerium ist: So wenige wie möglich. Mutet es nicht eigenartig an, wenn die Ministerin sich freut, wenn die Anzahl der erfolgreichen Asylanträge zurückgeht? Aber auch beim Lesen der Interviews, die mit den AsylwerberInnen geführt werden, wird deutlich, dass der Wille der BeamtInnen, das Gesagte richtig zu verstehen, nicht immer gegeben ist. Dagegen werden oft Missverständnisse und Unklarheiten herausgehört, wo keine sind.

### **Ein Beispiel?**

Da kommt es zu Statements wie: „Wenn Sie das wirklich erlebt hätten, dann müssten Sie doch noch wissen, ob sie drei oder vier Tage gefoltert wurden.“ Wie soll jemand, der in einem dunklen Kellerloch sitzt, das wissen? Wenn der Asylwerber aber so argumentiert, wird diese Aufmüppigkeit als Hoheitsbeleidigung angesehen und vermerkt. So gibt es einige Dinge, die gern als Indizien für Unglaubwürdigkeit angesehen werden. Auch Lachen gehört dazu, genauso wie Schweigen oder fehlende Emotion. Obwohl das, wie wir wissen, teilweise Zeichen einer schweren Traumatisierung sein könnte.



Das Asylamt kategorisiert zu schnell.

STRASSENUMFRAGE AM VIKTOR ADLER MARKT

# „Österreich ist schon überfüllt.“

Wie hoch schätzen Menschen positive Asylanträge und Zuwanderung ein? Hat sich die Losung vom Null-Zuzug in den Köpfen als Realpolitik festgesetzt?

UMFRAGE: ERNST POHN, BILDER ERNST POHN



**OSKAR MAYRHOFFER (61)**  
GRAFIKER, DERZEIT ARBEITSLOS

**A** Ich glaube, dass sie generell zu offen ist. Wir sollten Leute nur hereinzulassen, wenn man ihnen auch etwas bieten kann. Eine Ausnahme sind politisch verfolgte Menschen.

**B** 2.000  
**C** 20.000

**D** Das klingt zwar wenig, wenn man aber die Arbeitslosenzahl betrachtet, finde ich es trotzdem zu viel. Wenn diese Leute keine Arbeit haben, muss sie der Staat erhalten. Menschlich gesehen wäre ich dafür, aber man muss das praktisch betrachten.



**PETRA TURVY (43)**  
SELBSTSTÄNDIG

**A** Ich würde sagen, Österrei-

ch ist schon überfüllt. Eigentlich reicht es schon, irgendwann muss eine Grenze gezogen werden.

**B** 20.000 bis 30.000  
**C** 8.000

**D** Sind bei den Asylzahlen die Illegalen auch dabei? Die muss man auch dazu zählen, dann sind die Zahlen schon viel höher. Ich glaube, dass alles überhand nimmt. Die Ausländer nehmen sich auch immer mehr Freiheiten heraus. Meine zwei Töchter werden ständig blöd angesprochen.



**ANTON BERANEK (57)** SELBSTSTÄNDIG

**A** Es funktioniert überhaupt nicht. Es kommen die falschen Leute, es kommen nicht die Guten, sondern die Schlechten. Es ist ja so, wenn es mir als Österreicher hier gut geht, dann bleibe ich da. Wenn es einem Türken gut geht, wird auch er in der Türkei bleiben. Diejenigen, die weg gehen, sind die Schlechten.

**B** 200 bis 300  
**C** Eine viertel Million

**D** Das ändert überhaupt nichts an meiner Meinung. Es kommt immer darauf an, welchen Leuten

## FRAGEN

- A** Welche Meinung haben Sie zur Zuwanderungspolitik in Österreich?
- B** Wie vielen Menschen wurde letztes Jahr in Österreich Asyl gewährt?
- C** Wie viele Menschen dürfen 2009 maximal zuwandern?
- D** Jetzt, wo sie die Zahlen wissen, ändert das ihre Einschätzung?

## FAKTEN

- B** 2008 erhielten 3.512 Asylwerbende Menschen positive Bescheide.
- C** 2009 dürfen maximal 8.145 Menschen zuwandern.

Asyl gewährt wurde. Es kommt darauf an, ob der Gute kommt oder der Böse kommt.



**THOMAS STROHMAIER (36)**  
SELBSTSTÄNDIG

**A** Es funktioniert eher schlecht. Die Asylwerber dürfen nicht arbeiten, können nur warten bis die Verfahren bearbeitet sind. Sehr qualifizierte Leute dürfen nicht arbeiten und verlieren ihre Qualifikation. Generell halte ich es für ein Menschenrecht dort zu wohnen, wo man möchte.

**B** 1.000  
**C** 5.000 bis 6.000

**D** Es kann sein, dass viele Gesetze von Schwarz-Blau erst jetzt greifen. Im Grunde ist es fast egal, wer an der Macht ist, sie machen alle eine ähnliche Asylpolitik.

**PHILIPP PESENDORFER (40)** MUSIKER

**A** Ich bin momentan nicht so gut informiert, fühle mich aber generell wohl hier und ich habe



den Eindruck, dass das ganz gut funktioniert.

- B** 2.000
- C** 50.000
- D** Auf Österreich aufgeteilt, finde ich die Zahlen sehr niedrig.



**CAROLINE (18)** STUDENTIN

**A** Generell unterstütze ich es, dass Leute zuwandern können, weil meine Eltern auch zugewandert sind. Aber momentan habe ich das Gefühl, dass es etwas aus dem Ruder gerät. Es sollten vielleicht strengere Regeln eingeführt werden, Österreich ist zu großzügig.

- B** 2.000
- C** 4.000
- D** Ich finde, es sind ziemlich hohe Zahlen, da bin ich schon überrascht.

## Kein Geld für Partizipation

Projekte zur Vernetzung von MigrantInnen und Förderung ihrer gesellschaftlichen Partizipation werden von der Stadt Wien gerne mit dem Argument abgelehnt, dafür gebe es die Wiener Integrationskonferenz. Nun wurden dieser die Fördermittel gänzlich gestrichen. Wen fördert Wien eigentlich?



### NACHRUF

## Trauer um Asylrichter Rohrböck

Der anerkannte Jurist und Menschenrechtsexperte Josef Rohrböck ist im Alter von 52 Jahren verstorben. Sein Tod Mitte Februar löste weithin Betroffenheit aus. Rohrböck war Autor und Herausgeber zahlreicher Ratgeber und Handbücher sowie wissenschaftlicher Publikationen. Sein besonderes Engagement galt dem Asylrecht.

Als Richter am Unabhängigen Bundesasylsenat (UBAS) bestand er als einer der ersten auf eine persönliche Anhörung der Asylsuchenden, um die oft mangelhaften Erhebungen der ersten Instanz zu ergänzen.

Seine geradlinige Orientierung an den Menschenrechten brachte ihm viel Widerstand von seinen Vorgesetzten ein. Rohrböck war der einzige Richter, der bei der Umwandlung des UBAS in den Asylgerichtshof nicht als Richter übernommen werden sollte. Erst die Drohung, diesen Entscheid mithilfe der Anwältin und SOS Mitmensch-Vorsitzenden Nadja Lorenz gerichtlich zu bekämpfen, ließ die Verantwortlichen einlenken. Rohrböck war bis zuletzt als Richter am Asylgericht tätig.

In unzähligen ehrenamtlichen Arbeits-

stunden betrieb der gebürtige Niederösterreicher die Plattform [www.asylum-online.at](http://www.asylum-online.at), die vielen als umfangreichste und profundeste Informationssammlung zum österreichischen Asylrecht gilt. Gemeinsam mit Sebastian Schumacher schrieb er im Auftrag der Grünen Fraktion im Parlament einen Entwurf für ein Bleiberechtsgesetz. Damit lieferte er einen wesentlichen Beitrag zur Bleiberechtsdebatte.

Am 21. Februar 2009 wurde Rohrböck in seinem Geburtsort im Kreis seiner Familie beigesetzt. *red*

## Infokampagne des UNHCR über Fluchtgründe

„Flucht ist nie freiwillig“ lautet die Kernbotschaft einer neuen Informationsinitiative, die das UN-Flüchtlingshochkommissariat und die Kommunikationsagentur Reichl und Partner gemeinsam betreiben. Ein abgebranntes Zündholz-Haus als Sujet verdeutlicht seit Februar die gewaltsame Vertreibung von Flüchtlingen. *red*

## Freiwillig die einzige Option gewählt.

Der „Verein Menschenrechte Österreich“ (VMÖ) zieht Bilanz über seine Rückkehrberatung. Erstmals seien mehr Menschen „freiwillig“ zurückgekehrt als abgeschoben worden. KritikerInnen sehen den Verein als regierungsnah und stellen diese Freiwilligkeit angesichts fehlender Alternativen prinzipiell in Frage. *red*

## Bachinger erhält EU-Preis

Eva Maria Bachinger hat für ihre MOMENT-Reportage „Unter Bettlern“ den nationalen Roma-Sonderpreis 2008 der EU-Kommission gewonnen. Begründung: Bachinger ließ rumänische Roma zu Wort kommen, die einige Monate bettelnd in Wien verbringen, um das Überleben der Familie zu sichern. Nachzulesen auf [www.moment.at](http://www.moment.at). *red*



Eva Bachinger erhält Journalist Award der EU Kommission.

## NEUES VON DER BOCK



Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein.  
Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos.  
Ihre Sozialarbeit: Der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

TEXT: ANDREAS BACHMANN, FOTO: ISABELL BICKEL

### NACH DEM MORD

Der Umar Israilov, der im Jänner in Wien erschossen wurde, war bei mir gemeldet. Ich hab ihn aber kaum gesehen. Er hat in einer eigenen Wohnung gelebt, aber er hat sich nicht getraut, sich an dieser Adresse zu melden. Er wusste ja, dass er beobachtet wird. Seit dem Mord liegen die Nerven blank bei den Tschetschenen. Da gibt es Raufereien, da kann ich vielleicht noch dazwischengehen und das niederblödeln. Aber es ist schwer. Dabei gibt's gar nicht mehr Leute aus Tschetschenien, sie stehen nur stärker im Mittelpunkt. Der Krieg dort seit zehn Jahren hat die Menschen ein bisschen verwildert.

Und dann noch die Sache mit den Geheimdiensten... Es wird sicher welche geben hier, die auch mit den Geheimdiensten zu tun haben. Da war zum Beispiel dieser Mann mit seinem Sohn, der im Integrationshaus gewohnt hat. Da stand dann ein Auto vor dem Haus. Sie haben ihn angerufen und gesagt, sie hätten seinen Sohn und er soll rauskommen, sonst würde er ihn nicht wieder sehen. Die sind dann mit den beiden nach Linz gefahren und haben sie dort einen Monat lang gefoltert. Das ist jetzt ein Jahr her. Da ist ein Fehler im System, es gibt Leute, die verschwinden einfach und keiner weiß, was mit ihnen passiert. Einer holt halt einfach seine Post nicht mehr ab, taucht nicht mehr auf und keiner weiß, wo er steckt.

Aber wir müssen das nachverfolgen können, um sowas zu verhindern. Die Lösung wäre,

dass wir keine Illegalen mehr haben. Dass die hier alle ordentlich gemeldet sind, ihre Grundsicherung erhalten und auch auffindbar sind, wenn man etwas von ihnen möchte. Das kann ja nicht gut sein, wenn eine Behörde etwas von einem möchte, und keiner weiß, wo der steckt. Und jeder muss eine Grundsicherung haben. Jemand, der nichts hat, der begeht eher einmal ein Delikt, das ist eine Binsenweisheit.

### SCHLECHTES BLATTL

Da gibt es einen Mann aus der Ukraine. Der ist querschnittsgelähmt und sitzt im Rollstuhl. Der hätte sollen in ein Heim in der Steiermark gebracht werden, was am Berg liegt und mit fehlenden Aufzügen und Schotterwegen völlig ungeeignet für Rollstuhlfahrer ist. Ein Haberer von ihm hat ihm das erzählt und seitdem weigert er sich da hinzugehen. Die in Traiskirchen haben ihn dann einfach auf die Straße geschickt. Sein Sohn hat Schilddrüsenkrebs und bekommt im Wilhelminenspital eine Chemotherapie, da muss er bei jeder Behandlung immer drei bis vier Tage dableiben. Den Leuten dort hat der Vater so leid getan, dass sie ihn beim letzten Mal einfach mit aufgenommen und versorgt haben. Also so etwas gibt es auch. Die beiden genießen hier subsidiären Schutz. Sie werden nie abgeschoben werden, weil ihre Krankheiten in der Ukraine nicht ausreichend behandelt werden können. Aber jetzt ist dem Sohn nachts

am Schwedenplatz von einem Betrunknen eine Flasche über den Kopf gezogen worden. Er hat einen Lungenstich bekommen und musste auf der Intensivstation behandelt werden. Er hat es überlebt, aber wie sagt man so schön, manche haben eben einfach ein schlechtes Blattl erwischt.

### HÜTTE VON HASELSTEINER

Ich brauche ein Haus, um schwer Traumatisierte unterzubringen. Die kann ich nicht mit anderen in Massenunterkünfte stecken. Was, wenn da einer durchdreht? Jetzt muss ich die, die es am nötigsten haben, wegschicken. Die landen auf der Straße. Es gibt ja heute nicht mehr Flüchtlinge, aber weniger versorgte Flüchtlinge. Die fallen auf. Familien, die am Westbahnhof schlafen. Jeden Tag steht eine Familie vor der Tür, die ich nicht unterbringen kann.

Der Hans Peter Haselsteiner, der mich jetzt mit monatlich 20.000 Euro unterstützt, hat mir zu Weihnachten ein Haus versprochen. Er ist natürlich einer, der unter der Wirtschaftskrise zu leiden hat. Aber mein Gott, dann hat er halt ein paar Millionen weniger! Er hat zu mir gesagt: „In einem halben Jahr steht es.“ Ich werd ihn noch einmal daran erinnern. Irgendeine alte Hütte wird er schon haben für mich. Die tut's ja auch.

Spenden: Hypo Bank Tirol  
Konto Nr. 520 110 174 99; Bankleitzahl 57000

BUCH



**Campaigning-Ratgeber**

Peter Metzinger hat als Campaigner von Greenpeace gearbeitet. Eine wesentliche Erkenntnis aus dieser Zeit: Erfolgreiches Campaigning ist weder reine Kommunikation, wie sie tendenziell von PR-Agenturen angeboten wird, noch beschränkt es sich auf Interventionen wie sie etwa Organisationsberatungen tendenziell betreiben. Erfolgreiches Campaigning verbindet Kommunikation und Intervention – ein Ansatz den besonders an Ressourcen arme NGOs verfolgen. Was sie schließlich auch so effizient macht! Die ausufernde Kritik an der Kommunikationsbranche, die Metzinger streckenweise übt, nervt allerdings. Auch, wenn er in der Sache Recht hat. Insgesamt liegt mit „Business Campaigning“ aber doch ein lehrreiches und nützliches Werk vor, das theoretisch und praktisch in die Welt des Kampagnisierens einführt. Da es alle relevanten Themenbereiche systematisch abdeckt, kann man es durchaus als eines von wenigen Standardwerken zum Thema im deutschsprachigen Raum bezeichnen.

**Business Campaigning**

Strategien für turbulente Märkte  
knappe Budgets und große  
Wirkungen  
Peter Metzinger  
Springer Verlag 2006  
313 Seiten, 47 Euro

**Polizeiwissen kompakt**

Die Liesl. Damit ist nicht die verstorbene Innenministerin Liese Prokop in Schlüssel-Diktion gemeint, sondern der 1904 an der Rossauer Lände errichtete „Polizei palast“. Zu diesem Zeitpunkt das modernste Polizeigebäude der Welt, wie Autor Werner Sabitzer erklärt. Oder: Social Engineering. Der Versuch, Menschen mittels sozialer Kontakte zu Handlungen zu verleiten, die zum Nachteil dieser Person sind. Zum Beispiel: das Auspähen von Passwörtern. Auch Menschen, die in einer Firma angeblich im Auftrag des Vorstands MitarbeiterInnen anrufen, zählt Sabitzer dazu. Was an diesem Nachschlagewerk garantiert ist: Es gibt Begriffe des polizeilichen Wissens, die einem nicht einmal bekannt sind, um sie darin zu suchen. Das war auch der Grund, warum Sabitzer, Chefredakteur des Fachmagazins „Öffentliche Sicherheit“, 4.000 Begriffe zu einem Lexikon der inneren Sicherheit zusammengetragen hat. Zumeist hoch interessant, manchmal zu kurz: Bei Linksextremismus wird Kommunismus, nicht aber Anarchismus – zudem als gewaltbereite Ideologie – angeführt.

**Lexikon der inneren Sicherheit**  
Werner Sabitzer  
Nwv – Neuer wissenschaftlicher  
Verlag 2008  
608 Seiten, 48,80 Euro

POPULÄRKULTUR



Autor Robert Misik schreibt für MO  
Bild: Godany

LISTEN

**2 X 5 DINGE UND SONST?**

Menschen rund um SOS Mitmensch bringen zwei mal fünf Dinge für Sie in die richtige Reihenfolge. Robert Misik.

**5 Dinge, die aus der Mode sind, und dennoch wichtig:**

- 1 Intensität. Lebe schnell, aber intensiv – ein peinlich kitschiges Prinzip. Leider ist langsam und fad auch nicht lustig.
- 2 Weltverbessern. Ist was für Gutmenschen. Aber Schlechtmenschen machen die Luft nicht besser.
- 3 Fortschritt. Auf den kann man nicht mehr vertrauen. Aber dass alles immer mieser wird ist auch nicht wahr
- 4 Kapitalismus. Hat sich grad in die Luft gesprengt. Hat wer einen Ersatz zur Hand?
- 5 Zigaretten. Wer zu gesund lebt, lebt länger, hat aber weniger Spaß.

**5 Dinge, die ich häufiger abstellen würde, wenn ich willensstärker wäre**

- 1 Facebook
- 2 Dieses verdammte iPhone
- 3 Nett sein zu Leuten, die es nicht verdient haben.
- 4 Unnett sein zu Leuten, die es nicht verdient haben.
- 5 Ein paar der sonstigen Laster

**Und sonst?**

... mach ich mein Ding. Mach Du auch Deins.

# POPULÄRKULTUR

## BUCH

### Linke Werte gegen rechten Wahn



In seinem neuen Buch begibt sich Robert Misik auf einen amüsanten Streifzug durch die Gedankenwelt der (Neo-)Konservativen in Europa und den USA. Dabei räumt er gekonnt mit weit verbreiteten Klischeevorstellungen auf. Etwa, dass die Welt ein Dschungel sei und die Linken bloß zu verträumt sind, um das zu erkennen und zu akzeptieren. Misik hält dem die reale Welt entgegen, in der die Menschen tatsächlich auch als kooperative Wesen denken und handeln. Wer kennt nicht die Mär, dass die „Progressiven“ für Gleichheit einstehen und die Rechten für die Freiheit. Stimmt natürlich nicht. Die Linke war immer schon freiheitsbewusst – zudem: ohne ein gewisses Maß an Gleichheit ist Freiheit gar nicht möglich.

Die Linke neigt vielmehr dazu, so der Autor, gesellschaftliche Bedingungen zu verändern, und nicht den Menschen. Deshalb fällt auch oftmals unter den Tisch, dass auch Linke „Werte“ haben, an denen sie sich orientieren. Sie reden nur nicht so viel darüber. Konservative fordern mehr Härte und wundern sich, wenn die Sitten verrohen. Sie sind gegen Abtreibung und schicken Gefangene auf den elektrischen Stuhl – um nur zwei Beispiele zu nennen.

In „Politik der Paranoia“ nimmt Misik nunmehr die zahlreichen Widersprüche in konservativer Ideologieproduktion aufs Korn. Das Buch skizziert dabei implizit, wie sich der Autor die Positionen des natürlichen Gegenparts, der „Progressiven“,

vorstellen würde. Dabei wird eines ganz nebenbei deutlich: Die letzten Jahrzehnte, in denen der Neokonservatismus – Hand in Hand mit dem Neoliberalismus –, recht ungehemmt wüten konnte, haben auch im Bewusstsein der Linken und Linksliberalen tiefe Spuren hinterlassen. Ob das, Obama und Finanzkrise sei Dank, auch endgültig Geschichte ist, ist noch nicht gesagt.

*Baruch Wolski*

#### **Politik der Paranoia**

Gegen die neuen Konservativen

Robert Misik

Aufbau Verlag 2009

**202 Seiten**

**17,95 Euro**

**faq**  
Magazine

**THE BEST FAQ  
YOU'LL EVER HAVE!**

Sechsmal im Jahr, 26 Euro...  
[www.faq-magazine.com](http://www.faq-magazine.com)



## POPULÄRGESEHEN

# Der Sound der Krise

Statt nach London übers Wochenende einfach auf die nächste Wiese. Dem Elend mehr Stil geben, aus weniger einfach Mehr machen?

EIN KOMMENTAR VON MARTIN SCHENK

In der Krise tummeln sich in den Charts ruhigere Lieder. Wenn es besser geht, dann werden die Hitparaden von wilderen Rhythmen besetzt. Denn je ruhiger die Rhythmus-Struktur, desto stärker die Turbulenzen an der Börse. Das ergab eine Studie an der New York University. Die Wissenschaftler haben alle US-Jahrescharts von 1958 bis 2007 unter die Lupe genommen. Der Soundtrack der Krise ähnelt den Lyrics der Krise. Beruhigung statt Protest. Moralisieren statt Systemkritik.

„Stilvoll verarmen“ lautet der Buchtitel des Bestsellers Alexander von Schönburgs, der gerade jetzt neu aufgelegt wird. Die Botschaft: Mit weniger besser auskommen, sinnvoller leben, „ärmer“ „reicher“ werden. Das Buch ist exzellent geschrieben und trifft einen richtigen Punkt: Wozu brauchen wir alle den Konsumranch und den Immer-mehr-aber-nie-genug-Stress?

Das war's aber auch schon. Wirklich problematisch wird es nämlich, wenn man sich anschaut, was von Schönburg unter „verarmen“ versteht. Statt ins teure Restaurant zu gehen, empfiehlt er „selber zu kochen. Statt übers Wochenende kurz mal nach London zu fliegen, tuts ein Ausflug auf die nahe Wiese auch. Das Jahresabo im Fitnessstudio ist verzichtbar. Und die teure Dachbodenwohnung muss ja nicht sein, wenn man auch in einer kleineren Wohnung Freude haben kann.

Eh. Aber die 400.000 Armutsbetroffenen in Österreich aufzufordern, das alles ein wenig lockerer zu sehen und dem Elend ein wenig mehr Stil zu geben ... das fällt dann doch mehr unter postmodernes Schnöseltum oder neoliberale Ratgeberlyrik. „Get Rich or Die Tryin“ würde das der US-Rapper 50 Cent kommentieren.

Dabei hat der Aristokratensohn von Schönburg, der den Armutsbegriff umdeutet, um sozialen Abstieg aus der oberen Mittelschicht als pädagogisch wertvolle Lernerfahrung zu preisen, einen wichtigen Impuls für den sozialen Ausgleich geliefert. Weniger Reichtum ist die Chance für ein mehr an Glück, schreibt er sinngemäß. Wohlan! Diesem Glück soll nichts im Wege stehen. Eine höhere Vermögenssteuer würde diejenigen, die von zu viel Reichtum betroffen sind, in ihrer stilvollen Arbeit am Glück massiv unterstützen. Österreich liegt mit seinen Vermögenssteuern im untersten Drittel Europas. Da kann ja im doppelten Sinne noch aus weniger mehr werden.



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich  
Illustration: Petja Dimitrova



**BUNDESKANZLERAMT** ■ **ÖSTERREICH**

BUNDESMINISTERIN  
FÜR FRAUEN UND ÖFFENTLICHEN DIENST

**FrauenRatgeberin 2009**

Aktuelle Informationen für den Alltag und spezifische Situationen von Frauen sowie Antworten auf rechtliche, berufliche, soziale, familiäre, bildungsmäßige und gesundheitliche Fragen

[www.frauenratgeberin.at](http://www.frauenratgeberin.at)

**Bestellservice:**  
Bundeskanzleramt  
Tel.: +43/1/53115-2613  
[broschuerenversand@bka.gv.at](mailto:broschuerenversand@bka.gv.at)

AK-Wahl 2009

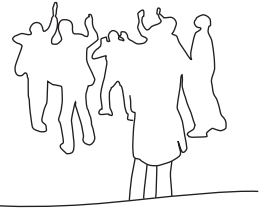


## DARUM GEHT'S: Mehr Mut zu Umverteilung



**Umverteilung jetzt sofort.**  
Schluss mit Steuerprivilegien für Superreiche, Unternehmen und Spitzenmanager – mehr Geld für Bildung, Grundsicherung, Pflege und Gesundheit.

[www.auge.or.at](http://www.auge.or.at)



## Spielt nicht mit dieser Welt!

Die derzeitige Form der Globalisierung geht an den Menschen vorbei. Einer kleinen Gruppe von GewinnerInnen steht eine große Mehrheit von VerliererInnen gegenüber. Die "Freiheit" der Investoren geht zu Lasten der sozialen Gerechtigkeit, Gesundheit, Umwelt, der kulturellen Eigenständigkeit und zu Lasten der Frauen.

Dies ist kein Naturgesetz. Wirtschaft ist für alle da, und sie geht uns alle an. Attac zeigt Entwicklungen auf und bietet Alternativen.

Denn Globalisierung braucht Gestaltung.

*Bei Interesse schicken wir Ihnen gerne Informationsmaterial zu.  
Kontakt: E-Mail [infos@attac.at](mailto:infos@attac.at),  
telefon 01/544 00 10*

**%attac.at**



## „Wie ich's schaff? Mit dem waff.“

So viel Hilfe für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt's nur in Wien. Für Menschen, die im Beruf weiterkommen wollen. Der waff macht's möglich.

**Neue Chancen: Wir beraten Sie gerne.**

© 217 48-555, [www.waff.at](http://www.waff.at)

Ein Fonds der  
StoDt:Wien



Wiener ArbeitnehmerInnen  
Förderungsfonds



# BLENDWERK



Weil wir uns auch nicht gern von Populismus und Diskriminierung blenden lassen, unterstützen wir SOS Mitmensch.

**Brillen.manufaktur®**

Nikolaus Hauser

Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00

## SPOTLIGHT

## „Ein Recht darauf, zu bleiben.“

Christian Schörkhuber sorgte dafür, dass Arigona Zogaj ihre Schule fortsetzen konnte. Die mediale Präsenz der Familie beurteilt der Chef der Volkshilfe Oberösterreich zwiespältig. Sie habe den Zogajs letztlich geschadet – aber auch eine Bleiberechtsbewegung ausgelöst.

TEXT: ANDREAS BACHMANN, BILD: SCHÖRKHUBER

**A**uf die Innenministerin ist Christian Schörkhuber nicht gut zu sprechen. „Ich glaube Maria Fekter ist genervt von Arigona“, sagt der 46-jährige Geschäftsführer der Volkshilfe Oberösterreich. Die Ministerin hat eine Situation übernommen, die sich mit der harten Hand auch nicht so einfach lösen lässt. Schörkhuber betreut die Familie von Arigona Zogaj, seitdem die junge Frau im Herbst 2007 vor der ihr drohenden Abschiebung geflüchtet und anschließend untergetaucht ist. Schörkhuber sorgte mittlerweile dafür, dass Arigona ihren Bildungsweg an einer Schule für Wirtschaftsberufe in Linz fortsetzen kann. Und er kümmerte sich um psychologische Betreuung der Mutter von Arigona, die nach dem Zugriff der Fremdenpolizei zwei Mal versuchte, sich das Leben zu nehmen.

Zuletzt erhielt die Familie mediale Öffentlichkeit, als die beiden älteren Brüder Arigonas im Spätherbst 2008 gemeinsam mit den zwei jüngeren Geschwistern über Ungarn nach Österreich mithilfe von Schleppern einreisten. Christian Schörkhuber war an der Aktion weder beteiligt, noch hat er sie begrüßt, wie er erklärt. Denn: „Dadurch konnte die Familie weiter kriminalisiert werden.“ Für die Zogajs selbst habe sich die öffentliche Präsenz in den Medien nicht unbedingt als positiv erwiesen, glaubt der Volkshilfe-Mann: „Sonst gäbe es sicherlich schon einen positiven Bescheid.“ Schörkhuber ist überzeugt, dass Innenministerin Maria Fekter den Fall inzwischen auch persönlich nimmt. Erhielt Arigona ein Bleiberecht, „dann wirkt Fekter wie die Verliererin. Und das möchte sie vermeiden.“ Doch die Aufmerksamkeit habe auch ihr Gutes: „Der Fall Zogaj hat dazu geführt, dass eine Bleiberechtsbewegung entstanden ist.“



Schörkhuber: Innenministerin sollte „menschliche Größe“ zeigen.

Mit der Volkshilfe betreut Schörkhuber über 2.500 Flüchtlinge in Oberösterreich. Er ist ihr erster Ansprechpartner, Sozialberater und Vermittler gegenüber den Behörden. Seit dem Fall Arigona melden sich immer wieder Eltern bei ihm, die nicht verstehen, warum SportkollegInnen oder MitschülerInnen ihrer Kinder nicht bleiben dürfen, wo sie aufgewachsen sind. Dieser Unmut wie auch öffentliche Stellungnahmen habe Auswirkungen gezeigt: „Die Behörden sind sensibilisiert worden.“, glaubt Schörkhuber und ortet eine geänderte Handlungspraxis.

Kurz nach Ausbruch des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien war er unter den Ersten, die mit Medikamenten nach Bosnien fuhren, um der Bevölkerung im Kriegsgebiet zu helfen. „Es war mir immer ein Anliegen, die Situation direkt vor Ort zu sehen. Auch um die Menschen besser zu verstehen.“, erzählt der humanitäre Helfer. In Steyr geboren, in einer Familie aus dem „typischen Arbeitermilieu“ aufgewachsen, absolvierte Schörkhuber eine Ausbildung zum Elektroinstallateur. Lange Jahre engagierte er sich in der Sozialistischen Jugend (SJ). „Ich war aber immer stärker in sozialen Bewegungen als in der Partei selbst verankert.“, erinnert sich Schörkhuber an sein vielseitiges frühes Engagement. 1993 nahm er schließlich die Stelle bei der Volkshilfe an. Nebenbei ließ er sich zum Sozialmanager ausbilden. „Wenn Leute auf mich zukommen, denen wir vor Jahren geholfen haben und sich bei mir bedanken, dann ist mir das eine große Freude.“, sagt der Vater einer 14-Jährigen. Im vergangenen Dezember erhielt der Volkshilfe-Chef den Grünpreis für soziales Engagement. Eine Ehrung, die Schörkhuber besonders freut.

Wie geht es nun mit der ehemals glücklichen Familie Zogaj weiter? Im Februar hat der Ministerrat den Entwurf für ein neues Bleiberecht passiert, der AsylwerberInnen immerhin ermöglicht, den Antrag auf humanitäres Bleiberecht selbst zu stellen. Eine Stichtaglösung für Flüchtlinge wie die Zogajs fehlt dennoch. Schörkhuber fordert: „Wer fünf Jahre hier lebt, der darf auch bleiben.“ Und das Bleiberecht für die Zogajs? Schörkhuber: „Die Innenministerin müsste verstehen, dass das keine Niederlage wäre, sondern von menschlicher Größe zeugen würde.“



## ■ Ja, ich will 4x jährlich MO lesen.

- StudentInnen | Selbstkostenabo **8,80 Euro**
- Normalabo **40 Euro**
- Förderabo **80 Euro**
- Geschenksabo **40 Euro**

Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail abos@moment.at

Post SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien

Das Abo umfasst 4 Ausgaben pro Jahr und verlängert sich nach Ablauf des Abo-Zeitraums automatisch um ein Jahr zum vereinbarten Abo-Preis. Das Abo kann unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist vor Ablauf des Abo-Zeitraums gekündigt werden. Erlagschein wird Ihnen zugesandt.

### COMBI-ABO

Wenn Sie MO AbonnentIn sind können Sie THE VIENNA REVIEW zum Preis von **15 Euro / Jahr** abonnieren.

Ein Combi-Abo beider Medien kostet **22 Euro / Jahr**.

# SOS MITMENSCH

TEXT: PHILIPP SONDEREGGER

**WAS WURDE EIGENTLICH AUS....**

## ...dem Bleiberecht?

„Wir sehen uns vor dem Verfassungsgerichtshof.“ So lautete die Reaktion von SOS Mitmensch auf das Bleiberechtsgesetz, auf das sich die beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP schließlich geeinigt haben. Die Reparatur des „humanitären Aufenthalts“ ist allerdings nicht geglückt. Aus dem Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) leiten sich Schutzpflichten der Republik Österreich (gegenüber Schutzbedürftigen wie Flüchtlingen) ab, die aber nicht hinreichend umgesetzt wurden. Da SPÖ und ÖVP nicht gewillt waren, die verfassungsrechtlichen Bedenken einzuarbeiten, bleibt nichts anderes übrig, als erneut vor Gericht zu ziehen.

Im Gegensatz zum Gesetzesentwurf steht das Vorliegen eines Aufenthaltsverbotes nach der Rechtsprechung des EGMR nicht absolut gegen ein Bleiberecht, sondern ist im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung zu werten. Damit wird die Gewährleistungspflicht des Staates bezüglich Artikel 8 der EMRK nach wie vor nicht ausreichend erfüllt. SOS Mitmensch erinnert daran, dass bei Asylsuchenden meist schon die



10. Oktober 2008: Sesselmeer am Ballhausplatz.

Antragstellung in Österreich zur Verhängung eines Aufenthaltsverbots führt. „Wir fürchten, dass es zu einer exzessiven Verhängung von Aufenthaltsverboten kommen wird, um Asylsuchende vom Bleiberecht auszuschließen“, so SOS Mitmensch.

**WAS WURDE EIGENTLICH AUS....**

## ...Alexander Wrabetz' Inbox?

Als Alexander Wrabetz am 1. Dezember sein Mailprogramm öffnen wollte, stürzte das Programm ab. Hunderte hatten von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ein Protestmail an den ORF-Generaldirektor zu senden und sich gegen die geplante Einstellung von „Heimat, Fremde Heimat“ zu wehren. Am Rande einer Veranstaltung machte Wrabetz seiner Verzweiflung ob der Kommunikations-Hemmung vor laufender Kamera

Luft – das Video kursierte binnen kürzester Zeit auf YouTube. Der Protest brachte einen Etappensieg, die Einsparungen wurden zugunsten einer Strategieplanung bis April auf Eis gelegt.

Indessen scheinen die RedakteurInnen des Magazins geradezu entfesselt. Hat sich in der Redaktion eine Jetzt-erst-recht-Stimmung breit gemacht oder liegt es an der höheren redaktionellen Unabhängigkeit, die

es seit dem Amtsantritt Wrabetz' zweifellos gibt? Jedenfalls hat sich „Heimat, Fremde Heimat“ vom verschnarchten Frühstückfernsehen (Sonntags etwas später) zu einem schneidigen Politmagazin entwickelt, von dem sich die KollegInnen vom „Report“ noch etwas abgucken können. Jede Wette, am Sendeplatz von „Report“ hält HFH quotenmäßig locker mit.

[hfh.twoday.net](http://hfh.twoday.net)

## Menschenrechtszentrum Dock zieht um

Es hat Ute Bock beherbergt, den Anti-Rassismusverein ZARA und zuletzt die Initiative Ehe ohne Grenzen. Jetzt ist das Menschenrechtszentrum von SOS Mitmensch selbst auf Herbergssuche. Aufgrund stark gestiegener Mietkosten wird ein günstiges Gassenlokal als neuer Standort für das DOCK gesucht.

## Spendenaktion für Israilov-Witwe

Am 13. Jänner wurde der tschetschenische Flüchtling Umar Israilov erschossen. Er war Kronzeuge in einem Justizverfahren gegen Tschetscheniens Präsident Ramsan Kadyrow wegen Folter. SOS Mitmensch ersucht um Spenden für die weitgehend mittellose Witwe und ihre Kinder. [www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)

## Integration – Wundermittel am Prüfstand

Am 5. und 6. März war der Migrationswissenschaftler Mark Terkessidis auf Einladung von SOS Mitmensch und der Zeitschrift DerWisch in Wien. In einer Lecture im Semperdepot setzte sich Terkessidis kritisch mit dem Integrationsbegriff auseinander. Tags darauf leitete er einen Workshop zu antirassistischem Handeln.



Mark Terkessidis im Semperdepot. Credit: Kramar

## ANDERE ÜBER ...

# Quote allein reicht nicht

Die Berufsausbildung für Frauen läuft immer noch nach den klassischen Rollenbildern des vorigen Jahrhunderts ab. Herbert Haupt, Frauenminister a. D. und nunmehr erster Behindertenanwalt des Landes über den Stand der Gleichstellung.



Illustration: Petja Dimitrova

Es mussten nicht nur Männer Macht abgeben, sondern im Bereich der Kindererziehung wurden die Rechte auf partnerschaftliche Partizipation in der Erziehung erweitert.

In meiner Zeit als Frauenminister war ich bemüht, durch Berufsneuschulung Frauen in besser bezahlte Männerberufe zu bringen. Das mit der Firma Siemens-Infineon entwickelte Modell der Berufsausbildung von arbeitslosen Frauen zu Softwareentwicklern hat sich voll bewährt.

Gerade in letzter Zeit sind wichtige Positionen für Frauen verloren gegangen, wie der Abtritt der Rektorin der Universität für Bodenkultur beweist.

Es ist eigentlich ein Skandal, dass im Hauptverband der Sozialversicherungsträger mit Frau Mag. Beate Hartinger die letzte Frau eine Spitzenposition in der Führung des Hauptverbandes verlassen musste, obwohl mehr als die Hälfte der Versicherten Frauen sind.

Ein ähnliches Schicksal erlitt die Geschäftsführerin in der AGES, der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit. Seit ihrem Abgang ist eine wahre Kostenexplosion im Bereich der Overheadkosten der AGES zu vermerken.

Die Geschlechtergleichstellung im Sinne von Gender-Mainstreaming funktioniert in vielen Bereichen nicht.

Im so wichtigen Bereich der Bildung – vom Kindergarten bis zur Matura – ist das weibliche Element dominierend, obwohl alle relevanten Studien zur erfolgreichen Bewältigung der Bildungskrise eine Verstärkung des männlichen Anteils an der Erziehung und in der Bildung betonen.

Die Berufsausbildung für Frauen läuft immer noch nach den klassischen Rollenbildern des vorigen Jahrhunderts ab. Technische, höher bezahlte Berufe sind nur selten im Berufswunsch von Frauen zu finden.

Ich glaube, dass eine Quotenregelung alleine nicht ausreicht, um ausgewogene Verhältnisse zwischen den Geschlechtern herzustellen. Der Aufbau von effizienten Netzwerken hat hier deutlich bessere Ergebnisse gebracht.

In der derzeitigen Wirtschaftskrise sind Frauen mit Behinderungen nicht nur von sozialer Armut betroffen, sondern auch einer massiven Benachteiligung am Arbeitsmarkt ausgesetzt. Die noch immer männlich dominierte Gesellschaft und die politisch Verantwortlichen sind gefordert, passende Rahmenbedingungen für Frauen zu schaffen, die Familie und Erwerbstätigkeit vereinbaren.

### ZUR PERSON

## Herbert Haupt

**Herbert Haupt, 1947 in Seeboden, Kärnten, geboren, ist ausgebildeter Veterinärmediziner. Während seiner politischen Laufbahn war er im Kabinett Schüssel für das BZÖ als Vizekanzler und Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz tätig. Er war damit auch Frauenminister und hat in seinem Ressort eine eigene Abteilung für Männer eingeführt. Seit 2006 ist Herbert Haupt Behindertenanwalt des Bundessozialamts und sorgt so für die Umsetzung des von ihm als Minister eingeleiteten Behinderten-Gleichstellungsgesetzes.**

Ö1 IM NETZ   OE1.ORF.AT

RADIO  
ÖSTERREICH 1